

BAL

PLICHT



LIBRARY  
JAN 11 1956  
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

HOOVER  
LIBRARY

*Die Kommunistische  
Internationale*

1927 / HEFT 12

BERLIN, DEN 22. MÄRZ

30 PFENNIG

WOCHENSCHRIFT

DES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

AUS DEM INHALT

Der 5. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas und die Kuomintang  
Spektator: Auf der Suche nach einem Ausweg aus der Absatzkrise / W. Demar  
Das kontinental-europäische Stahlkartell und unsere Aufgaben / A. Ewert  
Der 11. Parteitag der KPD in Essen / Pawel Alissow: Das imperialistische  
Rumänien als Objekt des imperialistischen Ausdehnungsdranges und Werk  
zeug des Antisowjetblocks / Bücher- und Zeitschriftenschau

# DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Wochenschrift des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Erscheint gleichzeitig in russischer, französischer, englischer und deutscher Sprache. Für die deutsche Ausgabe verantwortlich PAUL DIETRICH, HAMBURG. Zuschriften an die Redaktion sind zu richten an die Adresse des Verlages.

VIII. Jahrgang 1927  
HEFT 12 22. MÄRZ

## I N H A L T

	Seite
Der 5. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas und die Kuomintang	553
Spektator: Auf der Suche nach einem Ausweg aus der Absatzkrise . . .	557
Demar: Das kontinental-europäische Stahlkartell und unsere Aufgaben	565
Ewert: Der 11. Parteitag der KPD in Essen . . . . .	571
Paul: Die Nationalitätenfrage in der Tschechoslowakei und die KPTsch	575
Alissow: Das imperialistische Rumänien als Objekt des imperialistischen Ausdehnungsdranges und Werkzeug des Antisowjetblocks . . . . .	583
Antikainen: Ueber militärpolitische Fragen in Finnland . . . . .	590
K. S.: Die Taktik der proletarischen Einheitsfront im theoretischen Organ der KPTsch . . . . .	599

## P R E I S

Einzelheft . . . . .	Reichsmark 0,30
Per Kreuzband . . . . .	„ 0,40
Postabonnement monatlich . . . . .	„ 1,—
Per Kreuzband monatlich . . . . .	„ 1,25
Postabonnement Quartal . . . . .	„ 3,—
Ausland: Sowjet-Union . . . . .	3 Rubel Quartal
Vereinigte Staaten . . . . .	2 Dollar „

Bestellungen sind zu richten an unsere Adresse in Hamburg 36 oder an unsere Berliner Zweigstelle, Berlin NW6, Luisenstraße 27-28. Sie werden auch von jeder Buchhandlung und von den Parteikolporteurs entgegengenommen. Einzahlungen sind zu leisten auf unser Postscheck-Konto Berlin 55547.

**VERLAG CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY**  
HAMBURG BERLIN

## DER 5. PARTEITAG DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI CHINAS UND DIE KUOMINTANG

Im April dieses Jahres findet der 5. Parteitag der KP Chinas statt. Der Augenblick, in dem der Parteitag zusammentritt, legt die denkbar größte Verantwortlichkeit auf.

Das 7. Plenum des EKKI hat in der Resolution zur chinesischen Frage festgestellt, daß die chinesische Revolution über die objektiven Voraussetzungen verfügt, um das kapitalistische Stadium der Entwicklung zu vermeiden. Den jetzigen Moment in der Entwicklung der chinesischen Revolution muß man als den in dieser Hinsicht kritischen Augenblick betrachten. Gerade jetzt entscheidet sich die Hauptlinie der weiteren Entwicklung der chinesischen Revolution, entscheidet sich, ob sie kapitalistische oder nicht-kapitalistische Wege einschlagen wird.

Die nationale Befreiungsbewegung hat auf dem halben Territorium Chinas gesiegt. Die Nationalregierung des Südens ist bereits jetzt die Regierung eines gewaltigen Reiches mit einer Bevölkerung von 200 Millionen. Es steht in aller Schärfe die Frage, wie dieses Reich und die Staatsgewalt in ihm zu organisieren ist, auf welche sozialen Schichten sie sich stützen soll, welche Rolle der Arbeiterklasse und der Kommunistischen Partei beim Aufbau dieses Staates zufallen soll.

Im Heft 9 unserer Zeitschrift wurde in dem Artikel „Zur Umgruppierung der Kräfte der chinesischen Revolution“ darauf hingewiesen, daß seit dem 7. Plenum des EKKI die Differenzierung der Klassen in Stadt und Land bedeutend zugenommen hat, und zwar dank der Weiterentwicklung der Arbeiter- und Bauernbewegung, besonders in Hunan und Hupe, dank dem zunehmenden Druck der Imperialisten und der verstärkten Gefahr einer offenen Intervention. Das eine wie das andere drängt den rechten Flügel der Bewegung auf den Weg der Zugeständnisse und der Kompromisse mit den Imperialisten.

Die Ereignisse in China entwickeln sich mit einer Schnelligkeit, wie sie einer gigantischen Revolution eigen ist. In der kurzen Zeit seit der Veröffentlichung des erwähnten Artikels ist eine ganze Reihe neuer Tatsachen hinzugekommen, die von der stets zunehmenden Klassendifferenzierung innerhalb der nationalen Befreiungsbewegung zeugen. Auf diese Weise gewinnen die Probleme der Organisierung der inneren Kräfte der chinesischen Revolution außerordentliche Bedeutung.

Das Problem der Probleme ist gegenwärtig die Lage und die weitere Entwicklung der Kuomintang als der Partei, die an der Spitze der Südregierung steht.

Die Entwicklung der Kuomintang weist Symptome auf, die geeignet sind, vom Standpunkt der Interessen der chinesischen Revolution aus Besorgnis zu erregen.

Die Kuomintang bleibt nach wie vor eine Organisation der Spitzen. Zum 7. Plenum des EKKI zählte zwar die Organisation 300 000 Mitglieder,

was für eine politische Partei eine ziemlich beträchtliche Zahl bedeutet. Man muß aber im Auge behalten, daß diese 300 000 nicht an der organischen Kleinarbeit der Partei teilnehmen. Sie ließen von sich hören nur auf Kongressen und Konferenzen der Partei, wobei immer die linken Elemente das Übergewicht hatten. Auch im Exekutivkomitee der Kuomintang bilden die Linken die Mehrheit. Aber diese Vorherrschaft der linken Elemente in der Partei kommt bei der Zusammensetzung und der Politik der Nationalregierung nicht mehr zum Ausdruck. Die Nationalregierung wird bereits vom Zentrum beherrscht, das in der letzten Zeit in den meisten Fällen ausgesprochen nach rechts tendiert. In noch stärkerem Maße gilt das für die Provinzialregierungen des südchinesischen Staates. Bis zu dem Umsturz vom 20. März 1926 überwogen in der Nationalregierung die linken Kuomintang-Elemente, in der Stadt Kanton aber und in der Provinz Kwantung, d. h. auf einem Territorium, das seit langem vollkommen der Nationalregierung untersteht, ist die Macht jetzt faktisch in den Händen von vorwiegend zentristischen und rechtsgerichteten Elementen der Kuomintang. Die Kommunisten beteiligten sich nicht an der Regierung, weil sie den vollkommen unrichtigen Standpunkt vertraten, es sei für die Kommunisten unmöglich, an einer Regierung teilzunehmen, an deren Spitze die Kuomintang steht.

Zu dem rechten Flügel der Kuomintang-Partei gehören hohe Staatsmänner, Vertreter der bürgerlichen Schichten Chinas und dergleichen. Ihrer Vergangenheit, ihrer Gegenwart, ihren sozialen und politischen Verbindungen nach sind die rechten Kuomintang-Leute dazu prädestiniert, Abmachungen mit den Imperialisten zu treffen, durchgreifende soziale Reformen abzulehnen, sich gegen eine Weiterentwicklung der revolutionären Arbeiter- und Bauernbewegung zu stemmen.

Die an der Macht befindlichen rechten Elemente schieben jede ernstere Sozialreform hinaus. Es ist bezeichnend, daß es in Kanton bis zum 20. März 1926 sogar noch kein Gesetz über die Koalitionsfreiheit gab und die Kantoner Gewerkschaften vom Standpunkt des geltenden Rechts aus ungesetzliche Organisationen waren. Durch den Umsturz vom 20. März wurde die Stellung der rechten Elemente noch mehr gefestigt. Sofort nach dem Umsturz trafen sie Maßnahmen gegen die Arbeiter- und Bauernorganisationen. Dieses Vorgehen stieß auf scharfen Protest seitens der breiten Arbeiter- und Bauernmassen. Die Gärung unter den Arbeitern und Bauern, die Mißstimmung der besten Teile der Armee über die Beseitigung linker Kuomintang-Leute und Kommunisten aus dem Kommandobestand schuf eine bedrohliche Lage an der Front und zwang die neue Leitung der Kuomintang, den Kurs zu revidieren und ein Kompromiß mit den Linken und den Kommunisten zu suchen.

Das darauf folgende Mai-Plenum des ZK der Kuomintang stand wiederum im Zeichen der Vorherrschaft der linken Elemente. Unter anderem beschloß das Plenum die Zurückberufung Wan Tin-wei. Bekanntlich ist Wan Tin-wei bis jetzt noch nicht auf seinen Posten zurückgekehrt. Die zentristischen und rechten Kuomintang-Leute wenden sich gegen die Kontrolle der Arbeiter- und Bauernmassen über die Tätigkeit der Nationalregierung, gegen die Uebersiedlung der Regierung nach Hankau, sie suchen einen Rückhalt in einigen Teilen der Armee und dergleichen.

Die letzten Nachrichten aus China besagen, daß das Wachstum der

Arbeiterbewegung der Kuomintang und der Nationalregierung ernste Sorgen verursacht. Die Zeitungen berichten, daß die Kantonregierung, entsprechend dem Beschluß des ZK der Kuomintang, am 5. Januar 1927 ein neues Streikgesetz erlassen hat. Dieses Gesetz verbietet das Tragen von Waffen bei Demonstrationen, die Verhaftungen von Kaufleuten und Industriellen, die Konfiszierung ihrer Waren. Das Gesetz verbietet zwar die gelben Verbände und andere Streikbrecherorganisationen, setzt aber gleichzeitig in sehr weitgehendem Maße obligatorische Schlichtungskommissionen ein, die die Konflikte in den militärischen, fiskalischen und kommunalen Unternehmen beizulegen haben, ebenso auch in den sogenannten lebenswichtigen Betrieben (die lebenswichtigen Betriebe sind in einer besonderen Liste aufgezählt, die noch nicht veröffentlicht ist). Das Gesetz verbietet zum Teil auch die Aufstellung von Streikposten.

Die Situation wird noch gefährlicher durch die internationale Lage der Nationalregierung. Der Kampf gegen den Imperialismus tritt in die entscheidende Phase und wird besonders schwer. Die Imperialisten tun ihr möglichstes, um die nationale Bewegung zu zersetzen und im rechten Flügel der Kuomintang Verräter zu werben. Die Frage jetzt so, daß erstens die Kuomintang nicht nur bei festlichen Gelegenheiten, Parteitag und Konferenzen, links sein muß, sondern auch in ihrer täglichen Praxis, zweitens, daß die reorganisierte Kuomintang eine (nicht nur in Worten, sondern auch in Taten) feste Führung der Nationalregierung im Zentrum und in der Provinz sichert. Die Festsetzung einer richtigen Linie sowie konkrete praktische Vorschläge zu diesen zwei Fragen sind die wichtigste Aufgabe des bevorstehenden 5. Parteitages der KP Chinas.

Als erstes wird die Chinesische Kommunistische Partei die vom Juni-Plenum des ZK gefaßten Beschlüsse über das Verhältnis zu der Kuomintang-Partei zu revidieren haben.

Das Juni-Plenum des ZK der KP Chinas stellte der Partei hinsichtlich der Kuomintang folgende Aufgaben:

1. von der Politik des Bündnisses im Innern überzugehen zur Blockpolitik; 2. eine klare selbständige politische Linie auszuarbeiten; 3. durchzusetzen, daß die städtische kleinbürgerliche Demokratie zum Fundament der Kuomintang-Partei wird; 4. zu erreichen, daß die Kuomintang nicht zentralistisch aufgebaut wird, daß vielmehr ihre Ortsorganisationen die Form von Klubs annehmen.

Alle diese Beschlüsse müssen revidiert werden. Der Uebergang von der Bündnispolitik zur Blockpolitik hat als logische Voraussetzung den Austritt der KP aus der Kuomintang und steht im Widerspruch zu den Beschlüssen des 7. Plenums des EKKI, das einen solchen Austritt als schweren politischen Fehler entschieden verurteilt hat. Unter diesem Gesichtswinkel ist ebenso falsch auch der Vorschlag, eine Fraktion der linken Kuomintang zu schaffen. Dieser Vorschlag kommt im Grunde dem Beschluß gleich, die Kuomintang in zwei Parteien zu spalten. Mit der Möglichkeit einer solchen Spaltung muß zwar gerechnet werden, dabei ist aber der Beschluß des 7. Plenums des EKKI im Auge zu behalten, nach dem auch bei der Entfernung des größten Teiles der kapitalistischen Großbourgeoisie aus der nationalen Freiheitsbewegung die Triebkraft der chinesischen Revolution „ein Block von noch revolutionärerem Charakter ist — der Block des

Proletariats, der Bauernschaft und des städtischen Kleinbürgertums“, wobei „einige Schichten der Großbourgeoisie eine gewisse Zeit noch mit der Revolution gehen können“. Die Aufgabe ist daher nicht die, irgendeine neue linke Kuomintang oder eine Fraktion der linken Kuomintang zu schaffen, sondern die, die gesamte Kuomintang nach links zu drängen und einen festen linken Kurs zu sichern. Das läßt sich nicht erreichen, wenn man die Kuomintang ausschließlich als eine Organisation des städtischen Kleinbürgertums betrachtet. Man muß auch die Bauernschaft und die Arbeiterklasse in Rechnung setzen. Nur wenn in der Kuomintang der Einfluß der Arbeiter und Bauern vorherrscht, kann diese Partei zu einer konsequenten revolutionären politischen Organisation werden. Und gerade so muß die Frage der Kuomintang gestellt werden. Die Ansicht, man müsse den Eintritt von Arbeitern in die Kuomintang verhindern, weil für die Arbeiter die Kommunistische Partei da sei, ist vollkommen falsch. Stellt man die Frage so, dann dürfen schon Mitglieder der KP in keinem Fall der Kuomintang angehören. Will man, daß die Kuomintang eine feste politische Linie einhält, so ist das beste Mittel, das zu erreichen, man durchsetzt die Partei mit revolutionären Arbeitern und Bauern. Besonders wichtig sind dabei die Arbeiter als das Element, das am revolutionärsten ist.

Vollkommen falsch ist auch der Beschluß des Juni-Plenums des ZK der KP Chinas, daß die Ortsorganisationen der Kuomintang lose Organisationen in der Art von politischen Klubs sein sollen. Im gegebenen Stadium des nationalen Befreiungskampfes wäre eine solche Organisationsform einfach ein grober Fehler. Die Rechten, die in der Kuomintang in der Minderheit sind, werden natürlich alle dafür sein, daß in der Partei keine innere Disziplin besteht und dergl. Die Weiterentwicklung der chinesischen Revolution erheischt gebieterisch die möglichst schnelle Umwandlung der Kuomintang in eine Partei mit gewählten Komitees im Zentrum und in der Provinz, in eine Partei, in der Disziplin herrscht. Es muß ein entschiedener Kampf gegen das politische Doppelspiel geführt werden, nämlich dagegen, daß in Worten ein radikales Programm vertreten und in Wirklichkeit eine Kompromißpolitik gemacht wird. Besonders muß das für jene Mitglieder der Kuomintang gelten, die in der Regierung sitzen.

Beim politischen Bericht des ZK der KP Chinas auf der Parteikonferenz im Dezember 1926 sagte ein Genosse aus Kanton:

„Am 20. März ist die Kuomintang gestorben und seit dem 15. Mai beginnt sie zu verfaulen. Warum sollen wir uns mit dieser verfaulenden Leiche abgeben.“

Dieser Genosse hatte offensichtlich den Umstand im Auge, daß in der letzten Zeit die Nationalregierung und besonders die Regierungsorgane in der Provinz eine Reihe von Maßnahmen gegen die Weiterentwicklung des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse und der Bauernschaft unternommen haben. Hieraus zogen einige Genossen auf derselben Konferenz bereits folgende Schlüsse:

„Wir stehen auf seiten der Massen, gegen die Nationalregierung. Der Konflikt zwischen den Massen und der Nationalregierung ist der Ausdruck des Konflikts zwischen der Kommunistischen Partei und der Kuomintang.“

Das stimmt insofern, als eine solche Gefahr eines Bruches zwischen der Kuomintang und der KP Chinas tatsächlich besteht. Diese Gefahr läßt sich aber abwenden, wenn man die Kuomintang nicht als einen Kadaver ansieht.

Die Kuomintang krankt zur Zeit am Mangel an revolutionärem Arbeiter- und Bauernblut. Die Kommunistische Partei muß für eine entsprechende Blutzufuhr sorgen, dann wird sich die Lage radikal ändern. Um die Kuomintang neu zu beleben und die Nationalregierung nach links zu drängen, muß die Kommunistische Partei auch ihr Verhältnis zur Nationalregierung gründlich revidieren. Die KP Chinas muß bestrebt sein, an der Regierung teilzunehmen und muß, gestützt auf die Arbeiter- und Bauernmassen, von der Regierung radikale Reformen fordern. Es ist schon lange an der Zeit, daß die demokratischen Grundgesetze eingeführt (Koalitionsfreiheit, Achtstundentag usw.) und durch Dekret alle unwürdigen Ueberbleibsel des alten Regimes, die noch auf dem chinesischen Bauerntum lasten (wucherische Abmachungen, Sklaverei für Nichtbezahlung von Schulden, übermäßig hoher Pachtzins usw.) entfernt werden; es ist an der Zeit, daß man den alten, korrumpierten Verwaltungsapparat durch einen neuen ersetzt. Die Kommunisten müssen energisch bestrebt sein, auch in die provinziellen Regierungsorgane einzudringen. Es ist an der Zeit, daß man, gestützt auf die Bauernorganisationen, die Frage der Schaffung revolutionärer Bauernkomitees aufwirft. Die Beschlüsse des 7. Plenums des EKKI und die ergänzenden organisatorischen Richtlinien geben der KP Chinas in dieser Hinsicht erschöpfende Hinweise. Der Parteitag hat die Aufgabe, sie den konkreten Bedingungen anzupassen. Wir zweifeln nicht daran, daß der 5. Parteitag der KP Chinas der großen Aufgaben würdig sein wird, vor denen die Partei jetzt steht. Die ruhmreiche Vergangenheit der KP Chinas und des heldenhaften chinesischen Proletariats bürgt dafür.

#### SPEKTATOR:

### AUF DER SUCHE NACH EINEM AUSWEG AUS DER ABSATZKRISE\*

(Zur Weltwirtschaftskonferenz)

Es ist eine evidente Erscheinung, daß der imperialistische Geist, der auch in den ersten Nachkriegsjahren nicht geruht hat, heute besonders rührig geworden ist. Die Kolonialkriege Frankreichs in Marokko und Syrien, Englands in China, die Zuspitzung der Gegensätze zwischen Frankreich und Italien, das Erwachen der Kolonialbestrebungen Deutschlands — alle diese Erscheinungen bilden nur Symptome des erstarkten Imperialismus. Wenn er sich aber in den ersten Nachkriegsjahren mehr im Kampf um die Rohstoffquellen geäußert hat, so drückt er sich heute in erster Linie im Kampfe um den Absatzmarkt aus.

Um diesen nachkriegszeitlichen Stand der Märkte zu charakterisieren, ist es von Interesse, festzustellen, daß selbst in den Vereinigten Staaten der Export im Verhältnis zur Gesamtproduktion des Landes 1914 — 9,6 Prozent 1919 — 15,3 Prozent, 1921 — 12,2 Prozent und 1923 — 8,5 Prozent ausmachte.

\* Die Redaktion verweist darauf, daß sie einige von Genossen Spektator in nachfolgendem Aufsatz vertretene Auffassungen noch für strittig hält und auf die von ihm berührten Fragen noch zurückzukommen beabsichtigt.

Aehnlich bewegte sich das Verhältnis der ausgeführten fertigen Erzeugnisse (ohne die verarbeiteten Lebensmittel) zu ihrer Produktion. 1914 machte der Prozentsatz der ausgeführten fertigen Erzeugnisse 6,1 Prozent der gesamten Produktion von Fabrikaten aus. 1919 stellte er sich auf 7,1 Prozent, 1921 auf 5,8 Prozent und 1923 auf 4 Prozent. Es stieg also der Verbrauch des inneren Marktes relativ rascher an als der Export. Das gleiche Resultat erhalten wir, wenn wir einzelne Gegenstände betrachten. Beispielsweise betrug die Ausfuhr von Eisen- und Stahlblech 1914 5,9 Prozent der Produktion und 1923 nur 4,1 Prozent. Der innere Verbrauch an Eisen und Stahl machte 1913 93 Prozent und 1925 98 Prozent der Produktion aus.\*

Man sieht, daß in den Jahren unmittelbar nach dem Krieg der innere Markt eine durchaus dominierende und für die ganze Konjunktur entscheidende Stellung eingenommen hat.

Indes konnte diese Zeit nicht lange dauern. Die Grundlagen des Produktionsapparates, Fabrikgebäude, die maschinelle Ausrüstung usw. sind im großen und ganzen von der Kriegszeit mit übernommen worden. Sie blieben auch in der Nachkriegszeit, nur etwas ausgebessert, zum Teil vergrößert, etwas modernisiert, aber nicht geändert, so daß im großen und ganzen keine durchgreifende Umgestaltung des Produktionsapparates stattgefunden hat. Man kann diese Periode als Instandsetzung und auch Inbetriebsetzung des Produktionsapparates charakterisieren, nicht als dessen *Ausbau* oder *Umbau*. Damit hängt auch die Kurzlebigkeit der Konjunktur zusammen. Eine dauernde Hochkonjunktur setzt eben den Umbau und Ausbau der Produktionsmittel voraus. Findet dieser nicht statt, so kann es nur zeitweilige Aufschwungperioden geben: doch die Entfaltung der Produktionsmittel wurde durch das Fehlen einer ausgedehnten inneren Nachfrage nach Konsumtionsmitteln gehemmt, und zwar aus folgenden Gründen: niedrige reale Arbeitslöhne, Erschöpfung der Ersparnisse, Verarmung der Agrarbevölkerung, Niedergang der Mittelschichten.

Unter all diesen Momenten ist besonders das Verschwinden der Ersparnisse und die relative Teuerung jener industriellen Erzeugnisse hervorzuheben, die für den unmittelbaren persönlichen Verbrauch bestimmt sind. Der Krieg hat nämlich zur Folge gehabt, daß die Entwicklung derjenigen Stoffe, die für die Erzeugung von Verbrauchsmitteln dienen, relativ schwächer war,

\* Aber auch in Deutschland und England stieg der Verbrauch von Eisen und Stahl gegenüber der einheimischen Produktion an. Nach einer dem Völkerbundssekretariat vorgelegten Denkschrift entwickelt sich der Verbrauch in diesen beiden Ländern wie folgt:

	Deutschland		England	
	Produktion in Millionen Tonnen	Verbrauch in Millionen Tonnen	Produktion in Millionen Tonnen	Verbrauch in Millionen Tonnen
1913 . . . . .	22,8	16,8	12,7	9,9
1923 . . . . .	7,5	7,9	11,5	8,5
1924 . . . . .	11,3	11,0	11,2	9,8
1925 . . . . .	14,4	12,3	9,8	8,8

In Deutschland überstieg 1923 der Verbrauch die eigene Produktion, die allerdings wegen der Ruhrokkupation sehr gering war; aber auch nach 1924 verschlang er fast die gesamte Eigenproduktion. Erst 1925 sinkt er auf 83 Prozent gegen 74 Prozent im Jahre 1913 herab; in England reicht der innere Verbrauch 1924 fast an den Vorkriegszustand heran, während die Eigenproduktion noch zurückbleibt. 1925 stellt sich der Verbrauch auf 89,5 Prozent gegen 74 Prozent im Jahre 1913.

als die Produktion von Produktionsmitteln. Wir sehen beispielsweise, daß die Textilien 1923 nur noch 96 Prozent von dem ausmachen, was sie 1913 ausmachten, während die Metalle schon den Stand von 1913 überstiegen. Der Preisindex für Textilwaren stand bis ins Jahr 1926 hinein viel höher als der Gesamtpreisindex und speziell der für Metalle. Gleichzeitig vollzog sich ein Prozeß der Industrialisierung der Agrarländer, der in erster Linie die Herstellung eben solcher Gegenstände für den unmittelbaren Verbrauch in Angriff nahm und dadurch den Absatz der vorgeschrittenen europäischen Länder einschränken mußte.

So ist die europäische Wirtschaft rasch in eine außerordentlich schwere Absatzkrise hineingelangt, die mit dem Jahre 1924 oder 1925 beginnt, 1926 ihren Höhepunkt hat und im Grunde genommen noch heute, in etwas abgeschwächter Form allerdings, andauert. Da man aber die wirklichen Ursachen der Krise nicht aufdecken will, so schiebt man als Grundursache dieser Krise den zurückgegangenen Außenhandel vor. Dieser Gedankengang bildet die Hauptstütze des imperialistischen Geistes speziell in Deutschland. Das Geschrei nach Kolonien als Absatzmärkte einerseits, und der Kampf gegen die neu entstandenen Staaten andererseits, hüllt sich heute aber in den Mantel des Kampfes gegen die Wirtschaftskrise, gegen den „wirtschaftlichen Nationalismus“ der jungen Staaten, die den Wiederaufbau der alten Industriestaaten erschweren. So wird beispielsweise vom Verband der deutschen Maschinenbau-Industriellen offen erklärt, daß die Krise der Maschinenindustrie in der Neuindustrialisierung der anderen Länder ihre Ursache habe. Der Vertreter Deutschlands auf der Weltwirtschaftskonferenz, Trendelburg, erzählt in der Zeitschrift „Weltwirtschaft“, daß der vorbereitende Ausschuß dieser Weltkonferenz das stärkste Hindernis für eine Rationalisierung der Wirtschaft in dem wirtschaftlichen Nationalismus der neuen Staaten sieht, der die Einheit des Weltmarktes zerreiße und einer den wirtschaftlichen Zweckmäßigkeiten entsprechenden internationalen Arbeitsteilung entgegenstehe. Auch der „Vorwärts“ stimmt in diesen Chor ein (siehe die Nummer vom 27. Februar 1927). Der Kampf gegen diesen „wirtschaftlichen Nationalismus“ liegt auch der Propaganda für „Pan-Europa“ zugrunde. Diese richtet sich zwar nicht allein gegen die neuentstandenen Staaten, sondern auch gegen England und die Vereinigten Staaten, aber im Grunde genommen ist sie ein Kampf gegen die Industrialisierung derjenigen Länder, die nach dem Kriege den Schritt vom Agrar- zum Industriestaat zu unternehmen gewagt haben.

Man versucht nun zu beweisen, daß sich der Weltaußenhandel relativ schwächer entwickelt habe als die Gesamtproduktion, um einen Beweis für die Verderblichkeit des „wirtschaftlichen Nationalismus“ zu bringen. Indes, wenn wir der Sache auf den Grund gehen, so werden wir feststellen können, daß die Ursache dieser Erscheinung keineswegs so einfach auf der Hand liegt. Nach einer Untersuchung des Deutschen Konjunkturinstituts betrug die Produktion von Rohstoffen 1924 etwa 91 Prozent der Produktion von 1913. Der Handel mit Rohstoffen stellte sich auf etwa 94 Prozent. Der Handel mit Fabrikaten ist sogar noch etwas höher als der Handel mit Rohstoffen. Nach der Untersuchung des Sekretariats des Völkerbundes ergibt sich zunächst, daß der relative Anteil Europas, abgesehen von der USSR, am Welt-

handel 1925 etwa 90 Prozent der europäischen Handelsquote von 1913 beträgt, während in der Produktion die Quote Europas nur 89 Prozent derjenigen von 1913 ausmachte. Eine viel raschere Entwicklung der Produktion als des Handels haben wir in Zentralamerika, in Südamerika und in Afrika, wobei in Afrika diese Entwicklung durch die niedrigen Goldpreise erklärlich wird. In Asien und Australien sowie in Nordamerika hat sich der Handel stärker ausgedehnt als die Produktion. Wir sehen also, daß, trotz all dieser Barrieren, die dem Außenhandel in den Weg gestellt worden sind, sich der Anteil Europas am Gesamthandel immerhin nicht schlechter entwickelt hat als an der Gesamtproduktion der Welt. Ferner macht keiner von denen, die sich so über diese Barriere beklagen, genaue Angaben über das Maß der Hindernisse, auf die der auswärtige Handel jetzt stößt, im Verhältnis zu der „Freiheit“, die er vor dem Kriege genossen haben sollte. So gibt beispielsweise auch der Verband der Deutschen Maschinenbau-Industriellen, der eine ausführliche Tabelle über die neuen Zollsätze auf Maschinen und Maschinenteile in verschiedenen Ländern anführt, keinen Vergleich mit den früheren Zollsätzen an, so daß man an Hand dieser Denkschrift des Verbandes nicht sagen kann, ob die Ausfuhr von Maschinen heute wirklich mehr erschwert sei als vor dem Kriege. Die einzige mir bekannte Untersuchung, die in dieser Frage wirklich wertvolles Material geliefert hat, ist die des Balfour-Komitees, das auch einen Versuch unternommen hat, die Zollbelastung der englischen Ausfuhrwaren im Auslande vor und nach dem Kriege festzustellen. Auf recht schwierigen Wegen kommt diese Untersuchung zu dem Schluß, daß im Durchschnitt die englischen Waren vor dem Kriege mit 23 Prozent des Wertes und heute nur noch mit 17 Prozent des Wertes belastet werden. Natürlich ist die Belastung in verschiedenen Ländern sehr verschieden. Von den fremden Ländern, wohin die englischen Waren gingen, erfuhr die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten eine Erhöhung der Zollbelastung (von 19,5 auf 32 Prozent des Wertes), in den anderen Ländern ist die Belastung durchweg im Verhältnis zum Preise zurückgegangen. Nicht nur in Deutschland, Frankreich und Italien, sondern auch in Argentinien, Brasilien, Spanien, Schweden usw. Dann spricht dagegen, daß die Hauptursache des Niedergangs des Exports der europäischen Länder in den Zollmauern der neuen Länder zu suchen ist, auch die Tatsache, daß die Ausfuhr von anderen Ländern, z. B. der Vereinigten Staaten, trotzdem sehr angestiegen ist. Wenn der Export von Maschinen aus England heute noch relativ geringer ist als vor dem Kriege, so in der Hauptsache, weil der europäische Markt wenig neue Maschinen bestellt, da der Export nach anderen Ländern nur wenig abgenommen hat, und der Export von Maschinen aus den Vereinigten Staaten nach Europa dem Werte nach 1925 um 65 Prozent höher war als vor dem Kriege, und nach anderen Ländern sogar um 75 Prozent. Der deutsche Maschinenexport stand schon 1925 auf der Höhe von 1913 und machte sogar den gleichen Prozentsatz der deutschen Maschinenproduktion aus, nämlich 27, wobei er in der ersten Hälfte 1926 sogar auf 35 gestiegen ist. Im ganzen schätzt die Denkschrift des Verbandes Deutscher Maschinenbauanstalten den Weltexport für 1925 auf ein Sechstel der Produktion, während er vor dem Kriege etwa ein Fünftel ausmachte. Wenn wir uns erinnern, daß die Produktion der Industrieländer an Maschinen wenig gestiegen ist, speziell die Produktion Englands sogar zurückgegangen ist, so

haben wir wohl den gleichen Prozentsatz der Ausfuhr von der Gesamtproduktion. Kurz, wir sehen, daß die Barrieren, die dem Handel errichtet worden sind, kein allzu großes Hindernis für ihn bedeuten.

Wollen wir damit aber die Bedeutung der „Balkanisierung Europas“, seiner Zerstückelung in eine Reihe von kleinen Staaten, bestreiten? Keineswegs. Nur liegt sie nicht auf dem Gebiet des Außenhandels, oder richtiger, nicht so sehr auf diesem Gebiet, als auf dem der inneren Produktion. Der auswärtige Markt ist nicht immer eine sichere Basis für die Produktion, zumal, wenn er noch nicht monopolisiert ist, wie der innere Markt. Auf dem ausländischen Markte kann man häufig nur zu niedrigen, zum Teil sogar zu verlustbringenden Preisen absetzen. Insbesondere jetzt, wenn auf dem auswärtigen Markte Kartelle gegeneinander kämpfen, die das Mittel des Dumping anwenden. **A n d r e w C a r n e g i e** sagt einmal:

„Zunächst ist die wichtige Tatsache zu beachten, daß die mächtigste Waffe zur Eroberung fremder Märkte der Besitz eines gewinnbringenden inneren Marktes ist. Man kann als Axiom annehmen, daß die Nation, die sich der inneren Nachfrage nach irgend einer Ware versichert hat, schließlich mit dieser Ware die neutralen Märkte der Erde beherrschen wird.“

In der Tat stützt sich das Kapital in seinem Kampfe um den auswärtigen Markt auf den inneren Markt, der nicht nur den weitaus größten Teil der Produktion beansprucht, sondern auch erst den Gewinn abwirft, der dem Unternehmer die Waffe im Kampfe für den auswärtigen Markt gibt. Es ist nun klar, daß, je größer der innere Markt ist, um so größer der Absatz, der Gewinn und infolgedessen auch die Chancen im Kampfe um den ausländischen Markt sind. Es ist ferner bekannt, daß die moderne Technik nur für einen ausgedehnten und sicheren Absatzmarkt anwendbar ist. Der Gegensatz zwischen den Erfordernissen der modernen Technik und der Zersplitterung Europas machte sich schon vor dem Kriege stark fühlbar, war im Grunde genommen eine der Hauptursachen dieses Weltkrieges und verschärfte sich außerordentlich nach dem Kriege, wenn der Produktionsapparat nur zu einem geringen Teil ausnutzbar ist (etwa drei Viertel der Kapazität der Maschinenproduktion) und durch den weiteren Gang der technischen Entwicklung. Europa steht heute vor großen technischen Möglichkeiten, die es aber nicht ausnutzen kann, weil es keinen ausgedehnten sicheren Innenmarkt besitzt. Dazu kommt noch der sich von Tag zu Tag verschärfende Konkurrenzkampf der Vereinigten Staaten auf dem Gebiet der Fertigwarenausfuhr. Der europäische Kapitalismus sucht sich einen Ausweg in räumlicher Ausdehnung, in der Angliederung von fremden Staaten, in der Vernichtung der Industrie in den neuen Staaten usw. Das ist, wie gesagt, das Grundprinzip auch der sogenannten Idee von den Vereinigten Staaten Europas.

Wie der Gedanke Mitteleuropa mit dem Namen **Friedrich N a u m a n n**, seinem eifrigsten Verfechter, verbunden ist, so wird der Gedanke Paneuropa meist mit dem Namen **C o u d e n h o v e - K a l e r g i**, dem Präsidenten der Paneuropa-Union, in Zusammenhang gebracht. In der Tat ist dieser „Pazifist“ der angesehenste und anerkannteste Vertreter dieser Idee. Und da diese Idee sich jetzt als die neueste Art von „Pazifismus“ darstellt, so wollen wir die Grundideen dieses „Pazifisten“ in Erinnerung bringen. In

seinem schon 1923 erschienenen Werke „Paneuropa“ hat er mit begrüßenswerter Offenheit die Grundlagen dieser Bestrebungen zum Ausdruck gebracht. Wir erfahren aus seiner Schrift, daß Paneuropa nichts anderes bedeutet als den Zusammenschluß der kontinental-europäischen Mächte gegen, in erster Linie, die U S S R. An einer Reihe von Stellen unterstreicht er die „russische Gefahr“, gegen die es keinen anderen Schutz geben könne als die Bildung von Paneuropa.

„Europas Mazedonien — sagt er — ist Rußland.“

„Während Europa in sechsundzwanzig Staaten und noch mehr Souveränitäten zersplittert ist, bildet Rußland einen einheitlichen politischen Komplex, dessen Fläche viereinhalbmal so groß ist wie Paneuropa und dessen Einwohnerzahl doppelt so groß wie die der volkreichsten europäischen Nation.“

„Rußland ist — von der kurzen Grenze gegen die Türkei abgesehen — der einzige Nachbar Paneuropas zu Lande. Einem organisierten und industrialisierten Rußland wäre kein europäischer Staat militärisch gewachsen. So übt Rußland durch sein bloßes Dasein einen ständigen Druck auf die Staaten Europas aus; dieser Druck wird zunehmen, da der europäische Bevölkerungszuwachs nicht Schritt halten kann mit dem russischen.“

Die ganze europäische Frage gipfelt in dem russischen Problem. Hauptziel der europäischen Politik muß die Verhinderung einer russischen Invasion sein. Diese zu verhüten gibt es nur ein Mittel: den Zusammenschluß Europas.

Die Geschichte stellt Europa vor die Alternative entweder sich über alle nationalen Feindseligkeiten hinweg zu einem Staatenbunde zusammenzufinden — oder der Eroberung durch Rußland zum Opfer zu fallen. Eine dritte Möglichkeit für Europa besteht nicht.“

Den gleichen Gedanken drückt er an zahlreichen anderen Stellen aus. Die „imperialistischen Tendenzen des Roten Rußland“ sind für ihn „evident“. Und er folgert daraus, daß eine Sicherung Europas gegen Rußland nur durch ein paneuropäisches Defensivbündnis gegen die russische Gefahr erfolgen könne. Er empfiehlt einen paneuropäischen Garantiepakt und bemerkt, daß für Europa die deutsche Orientierung nach Rußland eine große Gefahr sei. Bekanntlich ist dieser Garantiepakt auch abgeschlossen worden und auf der Tagesordnung steht heute die weitere Forderung von Coudenhove-Kalergi, die Errichtung einer Zollunion der europäischen Staaten, selbstverständlich wiederum gegen die russische Invasion. Zwar erklärt Coudenhove-Kalergi, daß er nur an einen Defensivbund gegen Rußland denkt, zwar hebt er die Notwendigkeit des friedlichen Zusammenlebens mit Rußland hervor, weil Rußland eine wirtschaftlichen Ergänzung für Europa bildet, gleichzeitig fordert er aber doch die wirtschaftliche Einheit Europas gegenüber der USSR; was mit anderen Worten die Monopolstellung der Industrieländer gegenüber Rußland und dessen Ausbeutung als Kolonie Europas bedeutet. Es ist zudem zur Genüge bekannt, daß eine politische Vereinigung von imperialistischen Mächten keinen anderen Zweck haben kann als die Unterjochung anderer Staaten, evtl. mit Waffengewalt. Die Geschichte hat uns gezeigt, daß Verbände und Ententen immer wieder zu Kriegen geführt haben, da es doch selbstverständlich ist, daß die ihrer Macht bewußten Staaten gegenüber den anderen Staaten ihre Macht so oder so ausnutzen wollen. Kurz, es ist im Grunde genommen ein „Pazifismus“, der sich in noch höherem Maße gegen Sowjetrußland richtet als gegen England oder Amerika. Schon aus dem einfachen Grunde, weil Europa von England und noch mehr von Amerika abhängig ist.

Der Hauptgeschäftsführer des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, Dr. Reichert, sagte in einem Vortrag, den er auf Einladung der Berliner Handelskammer gehalten hat, darüber folgendes:

„Von gewissen Kreisen wird die europäische Zollunion als Maßnahme gegen die Vereinigten Staaten von Nordamerika gewünscht. Als ob die große Zahl europäischer Schuldnerländer eine Einheitsfront gegen dieses Gläubigerland herbeiführen könnte! Als ob sich eine Zollunion Europas gegen die wirtschaftliche, insbesondere finanzielle Vorherrschaft Amerikas so leicht schützen könnte!“

Man sieht, die deutschen Industriellen wissen sehr wohl, daß sie sich nicht gegen Amerika wenden können. Wir wollen hinzufügen, daß die praktischen Geschäftemacher von dieser Idee der Zollunion Europas sich nicht blenden lassen. Der schon erwähnte Reichert spricht sich überhaupt gegen diesen Gedanken aus, da eine Zollunion Europas weder leicht erreichbar, noch ein Allheilmittel für alle Wirtschaftsnöte sein könne. Eine Zollunion, sagt er, könne den gewünschten großen Markt für die deutsche Ausfuhr nicht schaffen, noch die deutsche Rohstoffversorgung erheblich erleichtern oder die Wirtschaftskrisen mildern, die Rentabilität sichern und die Arbeitslosigkeit beseitigen. Die europäische Industrie sei weit über die Bedürfnisse des europäischen Marktes hinausgewachsen. Ebenso sei sie in der Rohstoffversorgung größtenteils vom überseeischen Ausland abhängig.

Noch schärfer und klarer sprach sich gegen eine Zollunion Prof. Eulenburg aus, der ebenfalls einen Vortrag auf Einladung der Berliner Handelskammer gehalten hat. Auch er beweist, daß eine Zollunion weder einen genügenden Markt, noch ausreichende Rohstoffe für die deutsche Industrie liefern könnte. Und schließt dann mit der sehr beachtenswerten Bemerkung, daß von einer Zollunion Deutschland als der stärkste Teil in dieser Union nur Schaden erleiden könnte.

„Es würde, sagte er, für seine (Deutschlands) Interessen höchst verhängnisvoll werden, wenn es sich an schwächere und leistungsunfähigere Bundesgenossen bände. Seine Bewegungsfreiheit würde unterbunden, die Rücksichten auf die anderen Teilnehmer würden seine Entwicklung hemmen . . . Deutschland kann seine Wirtschaftsentfaltung nur im Zusammenhang mit dem übrigen Erdteil, nicht aber in Beschränkung auf die Kontinentalstaaten verwirklichen.“

Es ist wohl recht beachtenswert, daß diese Vorträge von der Berliner Handelskammer veranstaltet und ausgegeben worden sind. Ein Beweis dafür, daß die Geschäftswelt Deutschlands im großen und ganzen wohl gegen die Idee der Zollunion ist, ebenso wie sie im Grunde genommen auch gegen die Idee von Mitteleuropa war.

Einige Gegner der Paneuropa-Politik stellen demgegenüber die Forderung einer unmittelbaren wirtschaftlichen Verständigung zwischen den Ländern in der Form von internationalen Kartellen auf. Diese Frage wird bekanntlich auch auf der Wirtschaftskonferenz behandelt werden. Ausführlich sprach darüber der schon erwähnte Reichert, der zunächst feststellte, daß schon vor dem Kriege mehrere hundert internationale Wirtschaftsverständigungen bestanden hätten, und daß insbesondere die deutsche Industrie an weit mehr als hundert solcher internationaler Abreden beteiligt gewesen sei. Trotzdem muß man doch sagen, daß die Bewegung heute viel mächtiger und von größerer Bedeutung ist als vor dem Kriege. Reichert sagt darüber:

„Die Wirtschaft erträgt auf die Dauer keine uneingeschränkte Konkurrenz. Die Entfesselung der Produktivkräfte führt zwar leicht zu technischen Fortschritten, aber auch zum wirtschaftlichen Rückgang und zum Tod der Rentabilität.“

Hier wird ganz offen zugegeben, daß das kapitalistische System, für welches nach den Worten Reicherts „das Entscheidende ist, daß die Rentabilität gesichert wird“, sich kraft seiner anarchistischen Konkurrenz der freien Entfaltung der Produktivkräfte entgegensetzt, und zwar dadurch, daß es Kartelle und Trusts bildet. Reichert glaubt, wie so mancher politische Arbeiterführer auch, daß diese Schattenseiten der kapitalistischen Wirtschaft durch die Kartelle aufgehoben werden können. „Sobald das Ausfuhrbedürfnis — sagt Reichert — wächst und dauernd groß bleibt, zeigt sich, daß die Inlandsverständigung nicht genügt“. Ferner:

„Für Wirtschaftszweige, bei denen der Auslandsabsatz keine große Rolle spielt, ist es wohl möglich, zwischen Weltmarktverlusten und Inlandsgewinnen einen Ausgleich zu finden, also die Rentabilität zu erhalten. Wo aber der Weltabsatz einen größeren Prozentsatz ausmacht, da erfordern dauernde schwere Verluste einen Kartellschutz oder die Vertristung. Sonst hat der zügellose Wettbewerb auf dem Auslandsmarkt schwerwiegende Rückschläge auf die Inlandsunternehmungen, ihre Finanzen und ihre Arbeiterschaft im Gefolge.“

Reichert läßt außer acht, daß die kartellierten Kapitalisten für die — wie für alle anderen Kapitalisten — die Rentabilität die ausschlaggebende Rolle spielt, die Konkurrenz nicht aufheben, sondern nur ihre Formen ändern können. Da der Auslandsabsatz auf gewissen Gebieten einen relativ großen Teil der Gesamtproduktion ausmacht, so ist die stürmische Bewegung auf dem Gebiet der internationalen Kartellierung verständlich. Soweit nun die Presse sich übersehen läßt, findet ein Widerspruch gegen diese internationale Kartellierung fast gar nicht statt. Selbst diejenigen Regierungen, die die Bildung von monopolistischen Organisationen im Inlande nicht allzu freundlich begrüßen, stellenweise sogar den Anschein erwecken wollen, als ob sie diese bekämpften, unterstützen die Bildung von auswärtigen Kartellen, wie dies beispielsweise die deutsche Regierung tut. Wie dem aber auch sei, man begreift jetzt, was für ein Unsinn heute die Forderung nach Freihandel ist, die von Arbeiterführern oft aufgestellt wird. Der Zug der Zeit führt zur Herrschaft von monopolistischen Organisationen.

Abgesehen davon, führt Reichert noch ein anderes wichtiges Moment für den internationalen Zusammenschluß der Unternehmer an, nämlich das russische Außenhandelsmonopol. Er sagt:

„Rußland hat als Käufer eine denkbar hohe Machtstellung, wie sie sonst nirgends in der Welt zu beobachten ist. Das russische Monopol spielt einen Lieferanten gegen den anderen aus. Nicht nur den Deutschen gegen den Deutschen, sondern den Engländer gegen den Deutschen, den Franzosen gegen den Engländer usw. . . . Rußland hat eine weitgehende Mitbestimmung der Preise, der Kredite, der Lieferbedingungen usw. Dank seinem Monopol kauft es zweifellos billiger ein, als es bei einer Vielheit von Bestellern der Fall wäre.“ Trotzdem rät er Rußland, von dem Monopol abzusehen. „Da aber vorerst damit nicht zu rechnen sei — sagt er — so wollen deshalb die Lieferanten dem russischen Außenhandelsmonopol gegenüber eine ebenbürtige Stellung einnehmen, dann müssen sie sich zu nationalem und internationalem Zusammenschließen verstehen.“ (S. 138.)

Auch hier, wie bei Coudenhove, dasselbe Motiv: ein Zusammenschluß der europäischen Länder oder der kapitalistischen Staaten überhaupt, sei Rußland gegenüber notwendig. Einer sagt dabei, daß die kapitalistische Welt sich gegen die russische Invasion schützen müsse, der andere spricht von einem Schutz gegen das russische Handelsmonopol. In beiden Fällen steht der Kampf gegen Sowjetrußland im Vordergrund und bildet ein wichtiges Motiv dieser Zusammenschlußbewegung.

W. DEMAR:

## DAS KONTINENTAL-EUROPÄISCHE STAHLKARTELL UND UNSERE AUFGABEN

Kürzlich tauchte das Gerücht auf, das im Herbst 1926 zustandegekommene kontinental-europäische Stahlkartell befände sich am Vorabend seines Zerfalls. Anlaß zu einer solchen Annahme gab das scharfe Auftreten des bedeutenden deutschen Industriellen Rausch, der erklärte, daß Deutschland aus dem Kartell austritt, falls der Anteil seiner Partizipierung in den vom Kartell festgesetzten Kontingenten nicht erhöht werden würde.

Doch der provokatorische Charakter des Auftretens des Herrn Rausch und der interessierten Presse trat von Anfang an klar zutage. Die deutschen Magnaten, auf deren Initiative hin das kontinentale Kartell gegründet worden war, hatten gar nicht die Absicht, sich aus diesem zurückzuziehen, sondern wollten ihre französischen und belgischen Kollegen nur „erschrecken“, um auf diese Weise eine Abänderung jener Konzessionen zu erwirken, auf die die deutschen Industriellen bei der Gründung des Kartells eingegangen waren.

Mehr noch: Die Leiter des deutschen Trusts „Vereinigte Stahlwerke A. G.“, dessen Kontrolle mehr als 50 Prozent der deutschen Metallurgie unterstehen, wußten im voraus, d. h. schon bei der Unterzeichnung des Brüsseler Abkommens (30. September 1926), daß sie nach Ablauf des ersten Quartals für sich eine höhere Quote in der Gesamtproduktion von Rohstahl aller dem Kartell angehörenden Länder beanspruchen werden. Als sich die Herren Vögeler (Generaldirektor der Vereinigten Stahlwerke AG) und Konsorten im September 1926 auf Kompromisse einließen, wußten sie sehr wohl, daß sich die Verhältnisse bis zum Januar ändern würden und daß es dann möglich sein wird, die durch das ursprüngliche Abkommen bestimmten Koeffizienten abzuändern.

Worin bestanden nun die von den deutschen Stahlmagnaten gemachten Konzessionen? Das ursprüngliche Abkommen sah zwei Varianten der der Produktion unterliegenden Gesamtmenge an Rohstahl vor, so wie Quoten der Kartellmitglieder. Nachstehend die wichtigsten Daten:

Beteiligte Länder	Vorläufige Variante auf 25,2 Millionen t Jahresproduktion		Endgültige Variante auf 29,2 Millionen t Jahresproduktion		Jahres- produktion für 1925 in t
	Anteil in Prozent	Menge in t	Anteil in Prozent	Menge in t	
Deutschland . . . .	40,45	10 193 000	43,12	12 608 560	12 194 000
Frankreich . . . .	31,79	8 036 280	31,24	9 104 560	7 415 000
Belgien . . . . .	12,57	3 167 640	11,56	3 375 520	2 381 000
Luxemburg . . . .	8,65	2 154 700	8,30	2 423 000	2 085 000
Saargebiet . . . .	6,54	1 648 080	5,78	1 686 760	1 575 000

Angenommen wurde die endgültige Variante, d. h. 29,2 Millionen Tonnen\*. Nach dieser Variante erhöht Deutschland seine Produktion für das Jahr 1925 um 400 000 Tonnen und Frankreich um fast 2 Millionen Tonnen. Für Deutschland bedeutet eine Produktion von 12 Millionen Tonnen eine Unterbeschäftigung von beinahe 25 Prozent der Unternehmen (die ihre Produktionskapazität in der letzten Zeit bedeutend erhöht haben), für Frankreich aber sind 9 Millionen Tonnen das Maximum der Leistungsfähigkeit. Deutschland war auf eine Herabsetzung der Produktion bedacht gewesen, da im Augenblick des Abkommens in Frankreich die Inflation herrschte und das französische Metall auf dem Weltmarkt leichten Absatz fand. Die französische Metallurgie stand im Wettbewerb mit der deutschen, die trotz Senkung der Selbstkosten durch Rationalisierung und starkes Dumping, dem „Inflations-Dumping“ Frankreichs nicht zu widerstehen vermochte.

Aber die deutschen Kapitalisten wußten, daß die Stabilisierung bevorstand und daß die französische Metallurgie damit ihren wichtigsten Vorteil einbüßt. Die deutsche Schwerindustrie dachte jedoch nicht daran, auf dem Produktionsniveau des Jahres 1925 zu verbleiben. Es war beschlossen worden, daß die Deutschen ihre Quote erhöhen. Laut den Statuten des Kartells war der die Quote übersteigende Kontrahent verpflichtet, in die internationale Kasse eine Konventionalstrafe von 4 Dollar pro überschüssige Tonne zu entrichten; der unter der Quote produzierende Kontrahent dagegen erhält eine „Unterstützung“ in Höhe von 2 Dollar pro fehlende Tonne. Daraus folgt, daß das Opfer der deutschen Kapitalisten in einer runden Summe von Dollars zum Ausdruck kommen mußte, die in die Kartellkasse floß und die zu bestimmten Teilen auf jede von der deutschen metallurgischen Industrie produzierte Tonne Stahl abgewälzt wurde. Mit anderen Worten, die Deutschen waren gezwungen, die Konventionalstrafen in die Preise mit einzukalkulieren. Das waren Mutmaßungen. Gegenwärtig verfügen wir schon über konkrete Zahlen für das erste Quartal des kontinental-europäischen Abkommens.

Der „Vorwärts“ vom 22. Februar bringt folgende Daten:

Länder	Produktion im 4. Quartal 1926 in 1000 t	Festgesetzte Anteilsquote in 1000 t	Anteilsquote in Prozent	Überschreiten (+ bzw. Nicht- erreichen (-) der Quote in 1000 t
Deutschland . . . . .	3 736	3 161	43,176	+ 575
Frankreich . . . . .	2 197	2 283	31,181	-- 86
Belgien . . . . .	988	847	11,560	+ 91
Luxemburg . . . . .	598	608	8,301	-- 10
Saargebiet . . . . .	453	423	5,782	+ 30

Somit zahlt die deutsche Metallurgie eine Strafe von  $575\ 000 \times 4$  Dollar = 2 300 000 Dollar. Belgien =  $91\ 000 \times 4$  Dollar = 364 000 Dollar. Eine Vergütung erhalten: Frankreich:  $86\ 000 \times 2$  Dollar = 172 000 Dollar und Luxemburg:  $10\ 000 \times 2$  Dollar = 20 000 Dollar. Von der von Deutschland zu zahlenden Konventionalstrafe entfallen auf jede Tonne Rohstahl 1,68 Mark. Die deutschen Kapitalisten wollen keine Strafe zahlen, obschon

\* Genosse Varga macht in der „Inprekorr“, Nr. 14, vom 2. Februar, Mitteilung von einer Verringerung der Gesamtmenge bis zu 27,2 Millionen Tonnen. W. D.

sie im voraus zu „Opfern“ bereit waren, unter der Voraussetzung jedoch, wie wir schon weiter oben bemerkten, die Sachlage nach Stabilisierung des französischen Frankens einer Revision zu unterziehen. Die deutschen Magnaten fordern Erhöhung der Quote. Wieviel sie wollen — ob soviel, wie sie im ersten Quartal produziert haben oder mehr — das ist noch nicht bekannt. Aber die deutsche Quote kann sich unter zwei Umständen erhöhen: entweder bei einer allgemeinen Erhöhung der Kontingente, oder bei einer Verringerung des Anteils der anderen Kartellmitglieder. Eine Erhöhung der Produktion dürfte kaum möglich sein. Das Kartell begann seine Tätigkeit bei völliger Abwesenheit Englands vom Metallweltmarkt. Jetzt beginnt die englische Metallproduktion sich ziemlich rasch zu erholen. Es ist richtig, daß sich die Nachfrage im Innern Deutschlands gesteigert hat, aber sie wird die erhöhte Rohstahlproduktion nicht decken. Ihren Anteil herabzusetzen, d. h. auf die Vergütung zu verzichten, darauf wollen die französischen Kapitalisten nicht eingehen. Nur unter einer Bedingung sind die Franzosen angeblich bereit, die deutsche Quote zu erhöhen, und zwar, wenn sich diese Erhöhung im Verlauf einiger Monate nicht auf den Innenmärkten auswirkt. Mit dieser Bedingung sind die Deutschen nicht einverstanden. Die Lage bleibt gespannt. Da aber die Voraussetzung für das Zustandekommen des Kartells der Abschluß eines französisch-deutschen Handelsvertrages war und umgekehrt, dieser letztere abhängig ist von dem Abkommen, das die Schwerindustrie-Magnaten unter sich treffen, so überträgt sich der Konflikt auch auf die gegenseitigen Beziehungen der beiden interessierten Länder.

Die nächste Sitzung der Kartelleitung (4. März) wird sich mit diesen Konfliktfragen befassen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Frankreich gewisse Konzessionen machen wird. Die Stabilisierung des Frankens hat es ja in eine wenig vorteilhafte Lage gebracht, aber die Methoden „senegalesischer Argumentation“ (d. h. eines bewaffneten Widerstandes) lassen sich allem Anschein nach in nächster Zukunft nicht anwenden. Wie die letzten Nachrichten besagen (Deutsche Bergwerkszeitung, 26. Februar 1927) wollen die Kartellkontrahenten die sich verschärfenden Widersprüche abschwächen, indem sie die Kompetenz des Kartells erweitern. Durch die Schaffung von Syndikaten für einzelne Produktionszweige (nach dem Muster des bereits bestehenden Internationalen Schienensyndikats) wollen sie Preise und Märkte regulieren. Man beabsichtigt, Exportkontingente festzusetzen. Aber gerade in dieser Frage droht ein neuer Konflikt. Die Franzosen schlagen vor, als Grundlage die Angaben über Export und Verbrauch im Inlande 1926 anzunehmen. Diese Angaben ergeben folgendes Bild:

	Deutschland	Frankreich	Belgien	Luxemburg
	in Prozenten der gesamten Stahlproduktion			
Stahlverbrauch im Inlande . . . . .	80	50	30	15
Export . . . . .	20	50	70	85

Die deutschen Kapitalisten wollen diese Angaben nicht als Grundlage gelten lassen, denn sie sind der Meinung, daß das Jahr 1926 hinsichtlich der Aufnahmefähigkeit des inneren Metallmarktes eine Ausnahme bilde. Die Frage bleibt offen, d. h. der Konflikt besteht weiter. Das Kartell wird bleiben, doch der Kampf innerhalb des Kartells wird sich verschärfen. Die Widersprüche werden bleiben und sich weiter zuspitzen. Beim Fehlen der

Inflation wird der Kampf um den Markt (im Rahmen der festgesetzten Kontingente oder außerhalb dieser) von beiden Seiten vermittle Herabsetzung der Selbstkosten bei unbedingt gleichbleibenden oder erhöhten Gewinnen geführt werden. Deutschland hat auf dem Gebiet der Rationalisierung große Fortschritte gemacht. Die Leistungsfähigkeit der Schmelzöfen und Walzwerke hat sich im Vergleich zur Vorkriegszeit um ein bedeutendes gehoben. Der Grad der Beschäftigung der Frankreich zugefallenen Betriebe stieg in dem Maße, in dem Frankreich sich auf dem Weltmarkt durchsetzte, wobei ihm die Inflation und die sich aus dem Versailler Vertrag ergebenden Vorteile zugute kamen. Im weiteren Verlauf des Kampfes um die Quote wird der erste Schlag des französischen Kapitals gegen die Arbeiterklasse gerichtet sein. Die wachsende Arbeitslosigkeit, die außerordentlich große Zahl ausländischer Arbeiter in der metallurgischen Industrie, und schließlich auch die Schwäche der französischen Arbeiterorganisationen — all das wird sich die Bourgeoisie zunutze machen, um sich für die Vorteile, deren sie durch das Ende der Inflation verlustig ging, zu entschädigen.

Die Stellung des internationalen Reformismus zum kontinental-europäischen Kartell (und zur internationalen Kartellierung überhaupt) ist äußerst interessant. Die deutsche Sozialdemokratie begrüßt die Bildung des Kartells. Der „Vorwärts“ schrieb, das Kartell sei ein Vorbote des Friedens auf Erden, noch ein paar solcher Kartelle und die Vereinigten Staaten Europas hören auf, ein Traum zu sein. Der gewerkschaftliche Reformismus in Gestalt der Amsterdamer Internationale und des ADGB proklamierten „den Kampf gegen Trusts, Kartelle und jegliche Monopole . . .“ mit dem Vorbehalt allerdings, die Trusts seien sowohl unvermeidliche als auch fortschrittliche Erscheinungen und daher sei der „Kampf gegen sie unsinnig“. Die Amsterdamer versprachen den Arbeitern, sich dafür einzusetzen, daß die Trusts in den einzelnen Ländern einer staatlichen Kontrolle unterworfen würden. Sind einmal in den einzelnen Staaten solche Kontrollorgane errichtet, so wird man daran denken können, eine internationale Kontrolle zu schaffen.

Die endgültige Lösung der Frage wird Genf überlassen.

Als Ganzes wird die Position des Reformismus bestimmt: erstens durch die Umwertung der einzelnen Elemente der Kompromisse zwischen den Kapitalisten der einzelnen Länder; diese Umwertung ist in die Alltagsagitation der Sozialdemokraten übergegangen und hat sich geradezu zu einer Apologetik internationaler kapitalistischer Vereinigungen als Vorbote eines dauerhaften Völkerfriedens ausgewachsen. Zweitens: durch die Unterschätzung der der Arbeiterklasse von seiten eines vereinigten Kapitals drohenden direkten Gefahr, das im nationalen und internationalen Maßstab einen speziellen Apparat zur Bekämpfung der Arbeiterklasse schafft (Fonds, Spitzelorganisationen). Drittens: in der Praxis führt diese Unterschätzung bei den Reformisten zu einer Ablenkung der Aufmerksamkeit der Arbeiter von dem gegen sie gerichteten sehr konkreten Apparat und zum Eindringen schädlicher Illusionen in bezug auf die Möglichkeit einer „objektiven“ Staatskontrolle der kapitalistischen Monopole.

Nur um Sand in die Augen zu streuen, protzen die Reformisten mit „marxistischen“ Phrasen über die Unvermeidlichkeit und Fortschrittlichkeit der kapitalistischen Monopole. Die Amsterdamer sind von der fatalistischen

Auffassung schon abgerückt, von der gewöhnlichen Anerkennung des „unvermeidlichen Uebels“. Sie legen eine bedeutend größere Unruhe hinsichtlich der Schicksale des Stahlkartells an den Tag als dessen Gründer und Herren selbst. Im Bulletin der Amsterdamer Internationale (Nr. 8 vom 22. Februar, Wirtschaftliche Beilage) finden wir einen Artikel, der zahllose Vorwürfe gegen die deutschen Kapitalisten enthält, die durch das Kartell auf die Franzosen einen Druck auszuüben suchen, um eine endgültige Säuberung des Rheinlands von fremden Besatzungstruppen zu erwirken. Allerdings spricht das Amsterdamer Bulletin die Hoffnung aus, daß das Kartell erhalten bleibt, beruhigt sich aber nicht dabei, da England noch außerhalb desselben steht, ebenso das unerreichbare Amerika, das gleichfalls herangezogen werden müsse. Man kann ohne Uebertreibung sagen, daß die Reformisten unvergleichlich größere Hoffnungen auf die Vereinigung der Kapitalisten setzen als auf die Vereinigung des internationalen Proletariats.

Vor den Kommunisten aller Länder erhebt sich eine ernste Aufgabe. In der konkreten Tagesagitation und Propaganda ist es ihre Pflicht, das Bewußtsein der Arbeiter von den reformistischen Illusionen zu säubern. Beim Problem der Rationalisierung haben wir einen Trennungsstrich gezogen zwischen dem Fortschritt der technischen Vervollkommnung und der Rückschrittlichkeit des sozialen Charakters der kapitalistischen Rationalisierung und haben die Aufmerksamkeit der Arbeiter gerade auf dieses zweite Moment gelenkt.

In bezug auf die Trusts und Kartelle müssen wir die Aufmerksamkeit der Arbeiter auf jene neuen, gegen die Arbeiterklasse gerichteten „Kampfmaschinen“ lenken, die von den Kapitalisten in den einzelnen Ländern und in internationalem Maßstab aufgebaut werden. Wir überschätzen die Möglichkeit einer Verständigung zwischen den Kapitalisten der einzelnen Länder nicht, aber wir dürfen diese Möglichkeiten auch nicht unterschätzen. Selbst wenn zwischen den nationalen Gruppen der Kapitalisten scharfe Konflikte ausbrechen, hören sie durchaus nicht auf, gemeinsam gegen die Arbeiter vorzugehen. Gibt es keine Streitigkeiten innerhalb des Kartells und wird auf eine bestimmte Periode zusammengearbeitet, so droht der Arbeiterklasse ein systematischer Angriff des internationalen Kapitals. Geht innerhalb des Kartells ein erbitterter Kampf um Quoten vor sich, so droht der Arbeiterklasse ein wütender Ansturm des Kapitals in jedem einzelnen Lande. Im gegenwärtigen Augenblick richten sich die Schläge in erster Linie gegen die in der metallurgischen Schwerindustrie beschäftigten Arbeiter. Es geht um den Achtsturentag und Herabsetzung der Löhne. Indem wir besonders auf die französischen Arbeiter hinweisen, vergessen wir nicht, daß die britische Metallurgie, die vorläufig (und es kann sein, noch auf längere Zeit hinaus) außerhalb des Kartells bleibt, in Kürze zum Schauplatz eines nicht minder scharfen Klassenkampfes werden kann, wie es der in der Hüttenindustrie geführte ist. Nicht umsonst erklärte ein führender britischer Industrieller im Herbst vorigen Jahres („Daily Herald“ vom 9. Oktober 1926):

„Besiegen wir die Arbeiter, dann besiegen wir auch das kontinentale Stahlkartell . . .“

Die Kämpfe sind nicht mehr fern. Indem wir uns auf sie vorbereiten, müssen wir folgendes im Auge behalten:

1. Die Kapitalisten kennen die Grenzen der internationalen Solidaritätsaktionen der Arbeiterklasse. Sie wissen, daß die Amsterdamer Internationale als solche ihnen keinen Schaden zufügen kann oder, richtiger gesagt, zufügen will. Aus der Aussperrung in der englischen Kohlenindustrie haben nicht nur wir gelernt, sondern auch die Kapitalisten.
2. Die Kapitalisten rechnen auf die gewaltige Reservearmee, die in Deutschland und England besteht und in der letzten Zeit auch in Frankreich im Entstehen begriffen ist.
3. Gerade die Arbeiter der metallurgischen Industrie sind in Frankreich fast gar nicht, in Deutschland verhältnismäßig schwach organisiert.

Hieraus müssen folgende Schlüsse gezogen werden: Die Arbeiter aller Länder, insbesondere die in der metallurgischen Industrie beschäftigten, müssen über die Ursachen aufgeklärt werden, aus denen sich die Niederlage der englischen Bergarbeiter ergab. Diese Kampagne muß dauernd geführt werden, wie das in England gemacht wird, wo die Kommunistische Partei als ständige Beilage zu ihrer Zeitung ein Bergarbeiter-Bulletin herausgibt. Sobald der Kampf ausbricht, muß mit der Kampagne für internationale Solidaritätsaktionen begonnen werden. Auch diese Kampagne muß permanent und ihrem Inhalt nach möglichst konkret sein. Ferner muß der Organisation der Arbeitslosen verstärkte Aufmerksamkeit gewidmet werden, insbesondere in Frankreich, wo die Arbeitslosigkeit erst unlängst eingesetzt hat und die in Frage kommenden Massen aus verschiedenen Gründen schwerer zu organisieren sind als in England und Deutschland. In Frankreich muß man alle Kräfte daransetzen, die Arbeiter der metallurgischen Industrie zu organisieren. Dies wird zur aktuellen Kampfesaufgabe, und man darf keine Mühe scheuen, um dieser Aufgabe gerecht zu werden. In ganz Lothringen, dem Zentrum der metallurgischen Industrie, zählt man nur einige Hunderte organisierter Metallarbeiter. Die Organisation der Arbeiter in Lothringen und in anderen Bezirken der Schwerindustrie ist nicht die Aufgabe ausschließlich der Unitären Föderation der Metallarbeiter oder der CGTU. Es ist auch eine Aufgabe der KP Frankreichs, eine politische Aufgabe unserer Internationale. Die Französische Kommunistische Partei muß in die breiten Massen der in der metallurgischen Industrie beschäftigten Arbeiter eindringen, und, indem sie zur Bildung von Gewerkschaftsorganisationen beiträgt, muß sie gleichzeitig auch sich selber ausbauen, ihren eigenen Einfluß stärken. Die Arbeiter der metallurgischen und der Hüttenindustrie dürfen nicht einfach nach der alten Methode organisiert werden, man muß vielmehr die Art der Organisation den Kampfesaufgaben der Verbände anpassen. Die Kampagne für die Organisation der in der Schwerindustrie beschäftigten Arbeiter muß gleichzeitig eine Kampagne für die Reorganisation der Gewerkschaftsbewegung in Frankreich sein, und zwar im Sinne der Schaffung starker zentralisierter Industrieverbände, die über die notwendigen Kampf- und Agitationsfonds verfügen.

Zum Schluß einige Worte über die Gewerkschaftsverbände. Unsere Genossen müssen durchsetzen, daß die Verbände nach Industrien reorganisiert und die Fabrikkomitees gefestigt werden. Man muß die Gewerkschaften „rationalisieren“! Diesen Ausdruck entlehnen wir der Bergarbeiterzeitung „The Spark“, die von einer Gruppe kommunistischer Arbeiter in einem Berg-

werk in Five (England) herausgegeben wird. Die Verbände „rationalisieren“ heißt, sie dem Kampf gegen die modernen kapitalistischen Organisationen anpassen. Die Kapitalisten schaffen internationale Streikabwehrfonds, sie gründen Spitzelorganisationen und faschistische Gruppen in den Betrieben, sie versuchen mit Hilfe von verschiedenen Vereinen auf die Arbeiter einzuwirken. Auch der Gewerkschaftsapparat muß umorganisiert werden. Die Fonds der Verbände müssen verstärkt werden und die Arbeiter müssen mit Hilfe ihrer Organisationen die Betriebe von Spitzeln und Faschisten säubern. Es erübrigt sich wohl, zu sagen, daß die Verwirklichung der erwähnten Maßnahmen ohne konsequenten Kampf gegen die die Kräfte der Arbeiterklasse zersetzenden reformistischen Illusionen unmöglich ist. Denn auch die Reformisten „rationalisieren“ ja die Gewerkschaftsverbände, aber in der Weise, daß sie die Gewerkschaften in einen Hilfsapparat der kapitalistischen Rationalisierung verwandeln.

A. E W E R T :

## DER 11. PARTEITAG DER KPD IN ESSEN

Nach Jahren schwerster innerer Parteikämpfe, nach einer Periode der fraktionellen Zerklüftung der Partei, brachte der Essener Parteitag ein hohes Maß von innerer Uebereinstimmung in allen wichtigen Fragen; die Ueberwindung der Fraktionen und Fraktionsideologien wurde im wesentlichen erreicht, die Konsolidierung der Partei einen mächtigen Schritt vorwärts gebracht. Zwei Faktoren haben der Kommunistischen Partei Deutschlands diese Entwicklung erleichtert: der Offene Brief des Exekutivkomitee der KI leitete jene ideologische und organisatorische Umstellung der Partei ein, die sie erst befähigte, den Kampf um die Führung der Arbeiterklasse in Deutschland aufzunehmen. Andererseits vollzog sich in der objektiven Lage in Deutschland eine Entwicklung, die es der Partei ermöglichte, in den meisten bis dahin mangelhaft geklärten Fragen zu einer richtigen Einschätzung der Situation, zu einer klaren Perspektive und scharfen Herausarbeitung der nächsten Aufgaben zu gelangen. Verglichen mit dem Zustand noch vor einigen Jahren befindet sich der deutsche Kapitalismus in einer Periode der inneren Festigung, der — wenn auch sehr bedingten — äußeren Machtentfaltung. Indem der Parteitag diese Tatsache feststellte, hat er doch gleichzeitig mit aller Schärfe die Grenzen dieser relativen Stabilisierung des deutschen Kapitalismus im Rahmen der gesamten Weltwirtschaft und Weltereignisse aufgezeigt. Indem der Parteitag die Fragestellung der Ultralinken — kapitalistische Stabilisierung oder proletarische Revolution — als sinnlos zurückwies, brachte er gleichzeitig klar zum Ausdruck, daß die Möglichkeit einer weiteren Festigung des deutschen Kapitalismus vor allem durch den Kampf der Arbeiterklasse, in dem die Kommunistische Partei die Führung erlangen muß, verhindert werden kann und wird.

In seinem Kampf um neue Machtgeltung wird der deutsche Kapitalismus unvermeidlich zum Anschluß an die gegen die Sowjetunion rüstenden

imperialistischen Mächte, vor allem England, getrieben. Schrittweise, nichtsdestoweniger mit großer Systematik, vollzieht die deutsche Bourgeoisie ihren Uebergang zu der Anti-Sowjetfront in der Hoffnung, in dem zukünftigen Ringen auch größere Bewegungsfreiheit für ihre eigenen Machtpläne zu erlangen und die durch den Versailler Friedensvertrag aufgerichteten Schranken ganz oder teilweise zu durchbrechen. Systematisch beginnt die Bourgeoisie in ihren Kampfverbänden, wie Jungdo und Stahlhelm, eine Landsknechtsideologie für den Krieg gegen die Sowjetunion wachzurufen. Der 11. Parteitag der KPD hat die Größe und Schwere der Aufgabe in dem bevorstehenden unvermeidlichen Konflikt klar erkannt. Er hat vor der Partei die Aufgabe des Kampfes gegen den Imperialismus und die Kriegsgefahr gestellt. Nicht nur ideologisch, sondern auch organisatorisch muß die Partei durch verstärkte Arbeit unter den Arbeitern der wichtigsten Industriegruppen und des Verkehrs- und Transportwesens dieser Gefahr begegnen. Wie auf allen anderen Gebieten, so wurde auch in dieser Frage als besondere Pflicht betont, der sowjetfeindlichen, den Interessen des englischen Imperialismus dienenden Politik der Sozialdemokratischen Partei die größte Gegenkampagne entgegenzusetzen, um eine neue Täuschung der deutschen Arbeiterklasse durch das „Neutralitäts“geschrei der SPD zu verhindern.

Die wichtigsten, j e t z t im Vordergrund stehenden Aufgaben, die den gesamten Parteitag beherrschten und in allen Referaten und in den Diskussionen zum Ausdruck kamen, waren die Stellung zu den sozialdemokratischen Arbeitern, die Konzentrierung der Partei auf die Gewerkschaftsarbeit und die Führung der Lohnbewegungen und Wirtschaftskämpfe. Der Parteitag hat es abgelehnt, die von der Partei bisher erreichten Erfolge zu glorifizieren. Er hat viel mehr in scharfer, positiver, das Selbstbewußtsein der Partei erhöhender Selbstkritik rücksichtslos die Mängel und Fehler, die Schwächen und Unklarheiten aufgezeigt. Die gewerkschaftsfeindliche Ideologie ist in der Partei fast restlos überwunden, aber noch ist nicht erreicht die systematische Eingliederung aller Parteimitglieder in die Arbeit in den Gewerkschaften, noch hat die Organisation und Leitung dieser wichtigen Arbeit große Mängel. Infolgedessen entsprechen die Erfolge auch nicht den Möglichkeiten. Wie groß diese Möglichkeiten sind, wird auch durch die Tatsache bewiesen, daß in fast allen wichtigen Gewerkschaften Berlins die Kommunisten bei den letzten Wahlen überall nahe an die Stimmzahl der Reformisten herangekommen sind. Schon jetzt geht die Gewerkschaftsbürokratie gegenüber diesem Vordringen der Kommunisten erneut mit Ausschlußverfahren, Nichtbestätigung von Funktionären und anderen organisatorischen Maßnahmen vor. In Verbindung mit der Arbeit in den Gewerkschaften stellte der Parteitag die Führung der Kämpfe um Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung in den Vordergrund. Drei bis vier Millionen Industriearbeiter befinden sich im ersten Halbjahr 1927 in Lohnbewegungen. Noch gelingt es der Gewerkschaftsbürokratie in den meisten Fällen, den Ausbruch von Streiks dadurch zu verhindern, daß den Arbeitern geringfügige Lohnerhöhungen zugestanden werden. Aufgabe der Kommunisten wird es sein, unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse in jedem Industriegebiet und in jeder Gewerkschaft auf die Vereinheitlichung dieser zahlreichen Bewegungen hinarbeiten und damit die Erfolgsmöglichkeit der Kämpfe

der Arbeiterschaft gegen die Rationalisierungsoffensive des Unternehmertums zu steigern.

Auf Grund der Erfahrungen der letzten Jahre und der Entwicklung in der Sozialdemokratischen Partei hat der 11. Parteitag schärfer wie bisher die besonderen Aufgaben der Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeitermassen herausgearbeitet. Neben dem Kampf gegen die bürgerliche Politik des Parteivorstandes wurde besonders die Notwendigkeit betont, gegen die „linken“ Führer als den Hauptfeind innerhalb der SPD anzukämpfen. Sind es doch diese Führer, die durch ihre Ideologie und scheinradikalen Phrasen die offen bürgerliche Politik des Parteivorstandes decken und verhüllen, und so den Vorwärtsmarsch der Millionen sozialdemokratischer Arbeiter zum Kommunismus verlangsamen. Der Parteitag zeigte, daß es in der Kommunistischen Partei keine Illusionen über die Entwicklungsmöglichkeiten dieser Führer gibt. Sowohl in den Referaten, wie auch in den Diskussionsreden vieler Genossen aus dem Reich kam klar zum Ausdruck, daß überall Anfänge einer Opposition in den sozialdemokratischen Arbeiterreihen vorhanden sind, die sich nicht nur gegen die Politik des Parteivorstandes, sondern auch gegen die Demagogie der „linken“ Führer richtet. Die Partei hat sich auf diesem Parteitag die Aufgabe gestellt, diese Strömung in der Arbeiterschaft zu fördern, sie weiter zu entwickeln und mit allen Kräften zu unterstützen. Unterstrichen wurde das Vorhandensein solcher oppositioneller Strömungen sowohl durch das Auftreten sozialdemokratischer Arbeiter als Redner auf dem Parteitag — sie wurden von ihren Betrieben delegiert —, wie auch durch ein von siebzig sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern aus dem Ruhrgebiet an den Parteitag gesandtes Schreiben. Die Anwendung der Einheitsfronttaktik hat sich in der KPD in breitem Umfange durchgesetzt.

Die leeren und die Frage verschiebenden Diskussionen über „Einheitsfronttaktik von oben oder unten“ haben aufgehört. Die Partei hat heute gelernt, beides anzuwenden und konnte auf diesem Parteitag einen weiteren Schritt vorwärts machen, indem beschlossen wurde, eine verstärkte, organisierte Arbeit unter den christlichen Arbeitern zu leisten. Es wurde beschlossen, eine Abteilung für diesen Zweck zu bilden, die die richtigen Methoden für die Arbeit unter den katholischen Arbeitern der rheinisch-westfälischen und oberschlesischen Industriebezirke entwickelt.

Die große Geschlossenheit der Partei konnte weder durch die zehn ultralinken Delegierten (von 186), die wiederum in drei Gruppen zerfielen, noch durch bestimmte Abweichungen opportunistischer Art erschüttert werden. Die Provokation der zwei Delegierten der Maslow-Gruppe, die versuchten, das antibolschewistische Mitteilungsblatt der Ausgeschlossenen auf dem Parteitag zu verbreiten und außerdem erklärten, daß sie sich durch keinen Beschluß des Parteitages abhalten lassen, nach wie vor die Verbindung mit den Ausgeschlossenen aufrecht zu erhalten, beantwortete der Parteitag mit der Aberkennung der Funktionen auf ein Jahr und der Aufforderung an die drei Abgeordneten Bartels, Grylewitz und Schlecht, ihre Parlamentsmandate niederzulegen.

Einheitlich und geschlossen, mit ganz geringen Unterschieden in der Stimmenzahl für die einzelnen Personen, wählte der Parteitag in nicht-öffentlicher Sitzung in geheimer Wahl ein Zentralkomitee aus 35 Mitgliedern

und 18 Kandidaten. Die Führung, die den Kampf gegen Maslow, Ruth Fischer und die anderen ultralinken Liquidatoren erfolgreich geführt hatte, verband sich auf dem 11. Parteitag mit den Kräften, die unter Maslow-Ruth Fischer aus jeder verantwortlichen Parteiarbeit entfernt waren und nach Erscheinen des Offenen Briefes die Linie der Kommunistischen Internationale und der Partei gegen alle linken und rechten Abweichungen durchgeführt haben. Die Parteiführung wurde außerdem ergänzt durch eine Reihe von Kräften, die die Verbindung zwischen der Leitung, den wichtigsten Bezirken und einer Anzahl Großbetriebe festigen.

Der Parteitag hat die Diskussion mit den ultralinken Gruppierungen abgeschlossen. Die Partei wird an die restlose Eroberung der noch vorhandenen Positionen der Ultralinken (Leipzig, Pfalz, Wedding) herangehen und die noch in der Partei vorhandenen Schwankungen nach rechts und links überwinden. Vor der Führung und der gesamten Partei steht nach dem Parteitag, nach Abschluß einer der tiefstehendsten Diskussionen die große Aufgabe, die Arbeit zu vervielfachen, sie besser zu organisieren, das Vertrauen in die Partei zu festigen und so dem deutschen Proletariat die stets bereite Führerin in allen Kämpfen zu schaffen.

Der Parteitag tagte im Gebiet der Kohle und des Eisens, im mächtigsten Industriegebiet Europas. Er war umgeben von der Anteilnahme und Sympathie des in jahrelangen Kämpfen und Niederlagen gestählten rheinisch-westfälischen Industrieproletariats, das beim Abschluß des Parteitages seine unlösliche Verbundenheit mit der Kommunistischen Partei in einer grandiosen Demonstration von 40 000 Arbeitern in den von Sturm und Regen gepeitschten Straßen Essens zum Ausdruck brachte. Die große Beschickung des 11. Parteitages durch die Vertreter der ausländischen Bruderparteien, die Begeisterung, die ihre, sowie die Rede des Vertreters der Exekutive der Kommunistischen Internationale auslösten, sowie das Interesse, das die internationalen Fragen auf diesem Parteitag fanden, sind Beweis für die unlösliche Verbundenheit mit der internationalen Weltpartei.

Wider Willen muß selbst die bürgerliche Presse feststellen, daß die Prophezeiungen über den Zerfall der Kommunistischen Partei zerronnen sind. Sie mußte im Gegeiteil anerkennen:

„Der durch den Parteitag hinterlassene Eindruck ist der, daß die Disziplin und die Einheit der Kommunistischen Organisation wohl noch niemals einen solchen Reifegrad erreicht hat, wie das jetzt nach Abschluß der Tagung festzustellen ist.“

Und „Der Deutsche“, das Organ des Führers der Christlichen Gewerkschaften, Stegerwald, schreibt, bei dem Versuch, einerseits die Bedeutung des Parteitages herabzusetzen und andererseits seine Arbeit zu würdigen, folgendes:

„Wieder einmal ist der Parteitag der KPD zusammengerissen worden. Er soll die innere Konsolidierung zur Folge haben. Kommunistspuk? Noch hallt der Tritt der Arbeiterbataillone die am Schluß des Parteitages in Essen demonstrierten — es waren etwa vierzig Tausend — in den Ohren. Es war kein Spuk . . .“

Die deutschen Kommunisten werden alle ihre Kräfte daran setzen, die Beschlüsse des 11. Parteitages zu verwirklichen, die Partei weiter zu entwickeln und zu festigen, sie mit der gesamten deutschen Arbeiterklasse zu verbinden und sie damit zum unerschütterlichen Bollwerk und zur Führerin des siegreichen Kampfes des Proletariats zu machen.

EUGEN PAUL:  
DIE NATIONALITÄTENFRAGE IN DER  
TSCHECHOSLOWAKEI UND DIE KPTSCH

Die politischen Ereignisse der letzten Monate in der Tschechoslowakei haben die überragende Bedeutung der Nationalitätenfrage für dieses Land ins grellste Licht gerückt. Dem vor einigen Monaten erfolgten Eintritt von Vertretern deutscher und slowakisch-ungarischer bürgerlicher Parteien in die Regierung, die bis dahin ausschließlich aus tschechischen Parteien bestanden hatte, folgte nicht eine Milderung, sondern eine Verschärfung der nationalen Gegensätze und der nationalen Unterdrückung. Und gleichzeitig folgte, wie das natürlich, ein Erstarren der Reaktion überhaupt, eine Verschärfung auch der sozialen Unterdrückung, des Vernichtungskampfes gegen Proletariat und Bauerntum, gegen alles Fortschrittliche im Lande. Im Rahmen der gesteigerten reaktionären Angriffe gegen die Arbeiterklasse und die nationalen Minderheiten hat die tschechoslowakische Regierung, die nunmehr die reaktionärsten Elemente aller Nationalitäten umfaßt, u. a. den Plan einer „V e r w a l t u n g s r e f o r m“ ausgearbeitet, der die letzten Reste der nationalen Selbstverwaltung zu Grabe trägt.

Bei den nahen Wechselbeziehungen zwischen nationaler und sozialer Unterdrückung bedeutet der unverhüllte Verrat der bürgerlichen Führer der nationalen Minderheiten einen Wendepunkt in der weiteren Entwicklung der gesamten Klassenkämpfe in der Tschechoslowakei. Durch diesen Verrat werden die Illusionen, die in breiten Massen noch bestehen, rascher zerstreut werden und damit wird das größte Hindernis für die Herausbildung eines reinen Klassenbewußtseins fallen. Der offene Zusammenschluß aller bürgerlichen Parteien ohne Unterschied der Nationalität wird ohne Zweifel dem Zusammenschluß aller Ausgebeuteten ohne Unterschied der Nationalität die Bahn ebnen. Und im Kampfe um die Gewinnung der von ihren nationalistischen Führern betrogenen Massen muß die KPTSch es verstehen, in dieses Gefühl der Enttäuschung und des Betrogenseins einzuhaken. Sie muß auch die verratenen nationalen Forderungen der breiten Massen zu den ihrigen machen und auch im Kampfe gegen die nationale Unterdrückung die Führung übernehmen.

Anläßlich dieser bedeutsamen Wendung in der Nationalitätenfrage, die zu den Zentralproblemen der Tschechoslowakei und der KPTSch gehört, wird es von Nutzen sein, die Eigentümlichkeiten des tschechischen Nationalitätenproblems ein wenig in Augenschein zu nehmen und im Zusammenhang damit einen kurzen Blick auf die Nationalitätenpolitik unserer tschechoslowakischen Bruderpartei zu werfen.

Wie für alle Unterdrückten und Geknechteten, so bedeutet auch für die unterdrückten Nationen und Nationalitäten das Entstehen der III. Internationale einen Wendepunkt.

Die Sozialdemokratie hatte aus der Nationalitätenfrage eine „Kulturfrage“ gemacht. „Kulturelle und nationale Autonomie“ war der Gipfel sozial-

demokratischer Weisheit in der Nationalitätenfrage, wie sie Otto Bauer in seinem bekannten Buche formulierte. Und diese Formulierung stand vollkommen im Einklang mit der übrigen Politik der Sozialdemokratie, mit ihrem „Sozialismus“. Erst Lenin, der den Sozialismus aus den himmlischen Regionen herunterholte, wohin die Sozialpatrioten ihn als eine mystische Wundererscheinung verpflanzten hatten, und die sozialdemokratischen Deklamationen über die Revolution durch die bewußte Organisation der Revolution ersetzte — erst Lenin hat auch für die Befreiung der unterdrückten Nationen das richtige Rezept gefunden. Dieses Rezept ist die enge Verknüpfung des Befreiungskampfes der unterdrückten Nationen mit dem revolutionären Emanzipationskampfe des Weltproletariats. Lenin hat dem bekannten Ausspruch Marx': „Ein Volk, das andere Völker unterdrückt, kann nicht frei sein“, den die Sozialdemokraten nur mechanisch zu wiederholen vermögen, Fleisch und Blut gegeben, indem er die These aufstellte, die in Rußland auch praktisch verwirklicht wurde: Das Proletariat kann sich nicht befreien, wenn es nicht gleichzeitig auch die national unterdrückten Völker befreit. Und die unterdrückten Nationen können sich nur befreien, wenn sie ihren Kampf gegen nationale Unterdrückung mit dem Kampf des Proletariats gegen jede Unterdrückung verbinden. Die Schicksalsgemeinschaft zwischen revolutionärem Weltproletariat und national unterdrückten Völkern, zu denen Lenin nicht nur die „zivilisierten“ weißen Völker, sondern auch die farbigen Sklaven der Kolonien zählt, ist der erste Grundgedanke der leninistischen nationalen Politik.

In einer längeren Abhandlung: „Ergebnisse der Diskussionen über das Selbstbestimmungsrecht“, die Lenin im Oktober 1916 schrieb und worin er die Thesen analysiert, die die polnischen Sozialdemokraten damals über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen veröffentlicht hatten, wies Lenin darauf hin, daß gerade der konsequent durchdachte Marxismus uns eine Stellungnahme ermögliche, die scheinbar widerspruchsvoll, in Wirklichkeit die einzig richtige und vom revolutionären Standpunkt einzig mögliche ist. Es handelte sich damals um das Selbstbestimmungsrecht Polens. Polen war zu jener Zeit eines der heißumstrittenen Objekte des Krieges zwischen den Mittelmächten und dem zaristischen Rußland, und es tauchte die Frage auf, welche Stellung zu dieser Frage die russischen und welche die polnischen Sozialdemokraten einnehmen sollen. Lenin vertrat den Standpunkt, dessen Richtigkeit von dem späteren Gang der Ereignisse so glänzend bestätigt wurde, daß die Sozialdemokratie der herrschenden (russischen) Nation hier eine andere Losung haben müsse als die der unterdrückten (polnischen) Nation. Er formulierte seine Theorie dahin, daß die Sozialdemokratie der herrschenden Nationen den „Schwerpunkt ihrer Agitationsarbeit auf die Verkündung des Selbstbestimmungsrechtes bis zur Lostrennung“, die der unterdrückten Nationen aber auf die Proklamierung des Rechtes auf „freiwilligen Zusammenschluß der Nationen“ legen müsse. Der scheinbare Widerspruch löst sich auf, sobald wir von dem engen sozialreformistischen Standpunkt abrücken und

uns auf die breite Grundlage der internationalen sozialen Revolution stellen, sobald die Proletarier der herrschenden und der unterdrückten Nationen sich gänzlich von „ihrer“ Bourgeoisie loslösen und als ihr gemeinsames Ziel den Sturz nicht nur „ihrer“ Bourgeoisie, sondern der Bourgeoisie überhaupt, die freiwillige Vereinigung der herrschenden und der unterdrückten Nationen verfolgen, werden die scheinbar widerspruchsvollen Parolen der beiden aufhören, widerspruchsvoll zu sein und Teile einer und derselben revolutionären Strategie werden, durch die der nationale Haß abgebaut wird und die verschiedenen Völker zu einer höheren Einheit, zur sozialistischen Gesellschaft vereinigt werden.

Gehen wir nunmehr zu den Eigentümlichkeiten des tschechoslowakischen Nationalitätenproblems über. Worin bestehen die besonderen Schwierigkeiten einer kommunistischen Nationalitätenpolitik in der Tschechoslowakei? Sie bestehen unserer Auffassung nach in der Hauptsache in folgendem:

1. Die tschechische Nation hat nach einem jahrhundertelangen Kampfe ihre staatliche Selbständigkeit errungen. Dieser Kampf war, historisch betrachtet, ein revolutionärer Kampf, was die politische Orientierung in der neugegründeten Republik naturgemäß erschwerte. Für das tschechische Proletariat, das diesen nationalen Befreiungskampf Schulter an Schulter mit der tschechischen Bourgeoisie durchgeföhnt hat, ist es in der Tat nicht leicht, zu begreifen, daß diese selbe Bourgeoisie nun, infolge des vollzogenen Funktionswechsels, als Unterdrückerin der nationalen Minderheiten und des Proletariats aller Nationen der Republik, ein reaktionärer, konterrevolutionärer Faktor geworden ist und daher bekämpft und gestürzt werden muß. Je mehr infolge des gegen Habsburg gemeinsam geföhrtten Kampfes das Klassenbewußtsein des tschechischen Proletariats getrübt worden ist, desto schwerer ist es jetzt, diesem begreiflich zu machen, daß der tschechische Befreiungskampf trotz aller demokratischen und humanistischen Verbrämungen nichts anderes war als ein Kampf um die Aufrichtung des tschechischen bürgerlichen kapitalistischen Staates und der schrankenlosen Klassenherrschaft der tschechischen Bourgeoisie.

2. Die tschechische Bourgeoisie, die die Herrschaft in der tschechoslowakischen Republik mit dem Glorienschein des Besiegers Habsburgs antrat, ist nicht nur die herrschende Nation, sie verkörpert den tschechoslowakischen Staat selbst, was ja bis vor kurzem auch darin zum Ausdruck kam, daß die Republik von einer alltschechischen Regierung regiert wurde. Wer also gegen die tschechische Unterdrückungspolitik ernstlich kämpfen will, der greift dadurch automatisch die Grundlage des tschechischen Staates an — ein Moment, das die Sammlung der tschechischen Arbeitermassen zum Kampf gegen die tschechische Bourgeoisie ungemein erschwert, und bei Bestimmung der Taktik der Partei berücksichtigt werden muß.

3. Der Nationalitätenkampf war selbstverständlich auch vor dem Kriege im alten Oesterreich-Ungarn ein verhüllter Klassenkampf. Er war ein Kampf zwischen deutschen und tschechischen Kapitalisten um den Anlage- und Absatzmarkt im In- und Auslande, ein Kampf zwischen deutschen und tschechischen Beamten und Arbeitern um die besten Posten und Arbeitsstellen, ein Kampf zwischen deutscher und tschechischer Kultur usw. Diese Elemente der Gegensätze sind natürlich auch nach der Gründung der

tschechoslowakischen Republik bestehen geblieben, aber sie haben sich ver-hundertfacht. Wir leben nicht mehr in der Epoche des aufstrebenden Kapi-talismus, der seine Lohnsklaven zu erhalten vermag. Wir leben in der Epoche des verwesenden Kapitalismus, der dauernden Massenarbeitslosigkeit und Lohndrückung, der imperialistischen Kriege und der proletarischen Revo-lution, wo alle Gegensätze und Widersprüche des Kapitalismus sich schärf-stens zuspitzen und die Atmosphäre für die nahende Entscheidungsschlacht vorbereiten. Zwar kämpft die Kommunistische Partei auch für die Verbesse-rung der augenblicklichen Lage der Arbeiterschaft, für die sogenannten Tages-forderungen. Aber aus diesem Kampfe, mag er noch so „unpolitisch“ aus-sehen, verschwindet nie ganz die Perspektive der Revolution. Die Kommuni-stische Partei kann selbstverständlich wie in allen anderen Fragen auch in der Nationalitätenfrage nicht dort stehen bleiben, wo die Sozialdemokratie stehen geblieben ist. Die Kommunistische Partei, die die Partei der sozialen Revolution ist, hat die Aufgabe, den Kampf gegen die nationale Unter-drückung zu einem Element ihres allgemeinen Kampfes für die proletarische Revolution, für die Diktatur des Proletariats zu machen.

4. Ein äußerst wichtiger Faktor des Nationalitätenkampfes in der Tschechoslowakei ist der Rollentausch, der mit der Gründung der tschecho-slowakischen Republik zwischen tschechischer und deutscher, weiter zwischen tschechischer und slowakisch-ungarischer Bourgeoisie vor sich gegangen ist. Am schärfsten ist der Gegensatz zwischen den kapitalistisch am meisten entwickelten zwei Nationen, zwischen der deutschen und der tschechischen Bourgeoisie ausgeprägt. Daran kann auch der Umstand nichts ändern, daß es zu erst Vertreter deutscher Parteien waren, die in die bisher tschechische Regierung eingetreten sind, während die slowakisch-ungarischen bürgerlichen Parteien erst später folgten. Mit der Gründung der Tschecho-slowakei wurden in den historischen Ländern (Böhmen, Mähren und Schlesien) aus den deutschen Unterdrückern — Unterdrückte, aus den tschechischen Unterdrückten — Unterdrücker. In der Slowakei und in Kar-pathorußland, die vor dem Umsturz zu Ungarn gehörten, ist an die Stelle der ungarischen — die tschechische Vorherrschaft getreten. Diese Umkehrung der Herrschafts- und Unterdrückungsverhältnisse mußte naturgemäß die nationalen Instinkte auf beiden Seiten im höchsten Grade aufstacheln und den nationalen Haß ungemein verschärfen. In den Tschechen lebt die Angst, daß die so schwer errungene Herrlichkeit von kurzer Dauer sein könnte, und in den Deutschen und Ungarn brennt der Schmerz um die verlorene Vorherr-schaft und das Verlangen, sie zurückzugewinnen. Das ist ebenfalls ein Faktor, mit dem die Kommunistische Partei rechnen muß.

5. Der kürzlich erfolgte Eintritt zweier deutscher bürgerlicher Parteien und der slowakischen Volkspartei in die Regierung vermag an dem gekenn-zeichneten Wesen des tschechoslowakischen Nationalitätenproblems natür-lich nichts zu ändern. Diese „nationale Aussöhnung“ hat nur zwischen den obersten Schichten einiger bürgerlicher Parteien stattgefunden. Nicht die Erfüllung, sondern der Verrat der Forderungen der nationalen Minderheiten ist die Plattform, auf der diese „Aussöhnung“ vor sich geht, die die nationalen Gegensätze um nichts verringern, dagegen inner-halb der unterdrückten Nationalitäten die Kluft zwischen Proletariat und Bourgeoisie ungeheuer vergrößern wird.

Trotzdem dieser letztere Umstand die Klassenaufklärungsarbeit der Kommunistischen Partei ohne Zweifel erleichtern wird, liegt es dennoch auf der Hand, daß es für die Partei durchaus nicht leicht ist, eine richtige revolutionäre Nationalitätenpolitik zu machen. Worin besteht nach den oben skizzierten leninistischen Grundsätzen die Aufgabe der KPTSch? Eine vielsprachige Partei — die die Arbeiter sowohl der herrschenden tschechischen Nation, wie die der unterdrückten Nationalitäten in ihren Reihen vereinigt — muß die KPTSch einerseits den entscheidenden Kampf führen gegen die herrschende tschechische Bourgeoisie, gegen ihre nationale Unterdrückungspolitik. Daraus ergibt sich aber andererseits von selbst, daß sie mit der größten Entschlossenheit für die unterdrückten nationalen Minderheiten, für ihr „Recht zum freiwilligen Zusammenschluß“ eintreten, sie in ihrem Kampfe gegen die tschechische Bourgeoisie in jeder Weise unterstützen muß. Sie muß in der schärfsten Weise und ohne irgendwelche Vorbehalte den Grundsatz verteidigen, daß die unterdrückten Nationalitäten, ohne Rücksicht auf ihre Größe und Bedeutung und ihre kulturelle Stufe, das Recht haben auf Selbstbestimmung bis zur vollständigen Loslösung. Gerade weil sie die Interessenvertreterin des Proletariats nicht der einen oder der anderen Nation, sondern aller in der Republik vorhandenen Nationen ist, kann sie diesen „nationalen“ Kampf mit allen Kräften führen, ohne dem Nationalismus zu verfallen.

Aber dieser Kampf gegen nationale Unterdrückung der Minderheiten bedeutet nicht etwa, daß die Kommunistische Partei sich in den Dienst irgendwelcher autonomistischer oder irredentistischer Bestrebungen der Minderheitsbourgeoisien stellen soll oder darf. Diese autonomistischen und irredentistischen Bewegungen sind bürgertliche Bewegungen, die ausschließlich kapitalistische Klasseninteressen verfolgen. Der nationale Kampf der Kommunistischen Partei hat nichts gemein mit dem national verhüllten Kampf der Bourgeoisie für das nationale Monopol der Ausbeutung. Er ist ein Bestandteil des allgemeinen sozialen Kampfes der Arbeiterklasse, einer der Angelpunkte, von dem aus die Kommunistische Partei die kapitalistische Welt aus den Angeln heben und sie durch die sozialistische ersetzen will.

Der Klassencharakter des nationalen Kampfes der Kommunistischen Partei wird gerade durch die erwähnte „Aussöhnung“ zwischen den obersten Schichten der tschechischen, deutschen und slowakisch-ungarischen Bourgeoisie unterstrichen, enthüllt; er gewinnt durch den offensichtlichen Verrat der erwähnten bürgerlichen Parteien an den nationalen Interessen der breiten Massen eine greifbare Gestalt. Durch diesen offen zutage liegenden nationalen Verrat der bürgerlichen Parteien an den nationalen Interessen der breiten Massen wird es klar, daß die KPTSch für die nationalen Interessen der Minderheiten ernstlich nur kämpfen kann, wenn sie nicht nur gegen die tschechischen Unterdrücker, sondern auch gegen die deutschen und slowakisch-ungarischen Verräter ankämpft. Mit anderen Worten: die KPTSch kann diesen Kampf nur führen auf der Basis des Klassenkampfes, des Kampfes gegen die bürgerliche Weltordnung und den bürgerlichen Staat. Sie kann ihn nur führen durch die Mobilisierung der tschechischen und der nichttschechischen Arbeiter gegen die tschechi-

schen und die nichttschechischen Kapitalisten und Großgrundbesitzer.

Im Programm der KPTsch, die die Vorkämpferin des gesamten Proletariats und des arbeitenden Bauerntums der Tschechoslowakei für die soziale Revolution ist, gewinnt also die Forderung auf das Selbstbestimmungsrecht der nationalen Minderheiten bis zur Loslösung einen ganz anderen Sinn, eine ganz andere Bedeutung als im Programm irgendeiner irredentistischen bürgerlichen oder einer im Schatten ihrer Bourgeoisie einherziehenden sozialdemokratischen Partei. Als Partei, die für die soziale Befreiung der Arbeiterschaft und Bauernschaft der herrschenden tschechischen Nation kämpft, muß sie für das wirkliche, absolute, unbegrenzte Selbstbestimmungsrecht der nationalen Minderheiten bis zur Loslösung sein, weil „ein Volk, das andere Völker unterdrückt, nicht frei sein, sich selbst nicht befreien kann“. Und als Partei, die für die soziale Befreiung der Arbeiterschaft, auch der unterdrückten Nationalitäten kämpft, muß die KPTsch gegen jede bürgerliche autonomistische oder irredentistische Komödie sein, weil die soziale Befreiung des Proletariats der unterdrückten Nationalitäten nur durch ihren „freiwilligen Zusammenschluß mit dem Proletariat der herrschenden Nation durch die Herstellung der Einheitsfront aller Arbeiter, ohne Unterschied der Nationalität möglich ist.

Die Nationalitätenpolitik der KPTsch ist ein Stück ihrer Entwicklungsgeschichte. Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei ist verhältnismäßig spät — Ende 1921 — entstanden. Ihre Entstehungsgeschichte verrät bereits die schweren nationalen Verhältnisse, unter denen sie geboren wurde. Im März 1921 ist die deutsche Sektion in Reichenberg, im Mai 1921 die tschechische Sektion in Prag und erst im November 1921 durch die Vereinigung beider Sektionen die KPTsch gegründet worden.

Der nationalen Zugehörigkeit nach besteht die Partei nach einem von Ende 1924 datierenden Bericht, der inzwischen keine wesentlichen Aenderungen erfahren haben dürfte, aus etwa 66 Prozent Tschechen, etwa 24 Prozent Deutschen, etwa 6 Prozent Slowaken, etwa 3 Prozent Ungarn, 0,15 Prozent Ukrainern usw. Diese Aufstellung beweist, daß die Tschechen absolut die weitaus größte Zahl der Mitglieder stellen, während sie im Lande bloß etwa 50 Prozent der Bevölkerung ausmachen.

Die KPTsch, die jetzt etwa 130 000 Mitglieder haben dürfte, ist ihrer sozialen Zusammensetzung nach eine fast rein proletarische Partei. Ueber 90 Prozent der Mitgliedschaft bestehen aus Proletariern. Aber drei Viertel der Mitgliedschaft kommen direkt aus der Sozialdemokratischen Partei, und zwar zum überwiegenden Teil aus der tschechischen Sozialdemokratie, deren besonders chauvinistischer, sozialpatriotischer Charakter bekannt ist. Durch die verhältnismäßig späte Spaltung der tschechischen Sozialdemokraten und die späte Gründung der KPTsch ist es wohl gelungen, große Massen der tschechischen Arbeiter sofort und direkt in die Kommunistische Partei zu überführen. Aber es war unvermeidlich, daß mit den großen Arbeitermassen

auch eine unverhältnismäßig große Zahl opportunistischer Elemente, namentlich opportunistischer Führer mit herüberkamen. Dieser Umstand kam anfangs in der Politik der Partei deutlich zum Ausdruck; in der Partei waren starke opportunistische Strömungen vorhanden. Durch die entschiedene Stellungnahme der Massen der Partei für die Komintern und gegen die opportunistischen Führer war es möglich, einen großen Teil von letzteren abzustößen und durch die Bildung eines Blocks zwischen dem linken Flügel und dem Zentrum der Partei die bolschewistische Weiterentwicklung der Partei zu sichern.

Der Opportunismus, der anfangs in der Politik der Partei so stark zum Ausdruck kam, hat sich natürlich auch in der Nationalitätenpolitik der Partei deutlich gezeigt. Und das war damals selbstverständlich. Eine bolschewistische Nationalitätenpolitik kann eben nur im Rahmen einer allgemeinen bolschewistischen Politik betrieben werden.

Eines der Zentralprobleme der KPTsch war schon von Anfang an ihr Verhältnis zum tschechoslowakischen Staat. Das Ueberwiegen der tschechischen Mitgliedschaft in der Partei, der Umstand, daß über 60 Prozent dieser Mitgliedschaft aus der tschechischen Sozialdemokratie gekommen waren und daß die großen Massen des tschechischen Proletariats nur langsam, allmählich von ihren nationalistischen Illusionen geheilt werden können — all dies machte und macht die größte Vorsicht in der Stellungnahme zum tschechoslowakischen Staat zur Pflicht. Aber auf der anderen Seite ist ohne eine richtige, revolutionäre Stellungnahme zum Staat eine bolschewistische Politik und auch eine bolschewistische Nationalitätenpolitik überhaupt nicht denkbar. Der tschechoslowakische Staat ist das Machtinstrument nicht nur der tschechischen Bourgeoisie, sondern der kapitalistischen Ordnung in der Tschechoslowakei überhaupt. Die KPTsch kann nicht gegen die kapitalistische Ordnung ernstlich ankämpfen, ohne auch gegen den tschechoslowakischen Staat eine entschiedene Kampfstellung zu beziehen.

Die besonderen Umstände, unter denen die KPTsch geboren wurde und sich entwickelt, brachten es mit sich, daß sie sich nur allmählich zu einer richtigen leninistischen Nationalitätenpolitik durchzuringen vermochte. Die Vorwärtsentwicklung und der Fortschritt lassen sich aber klar erkennen an Hand des Unterschiedes zwischen dem Standpunkt, den in dieser Frage der 1. Parteikongreß, Februar 1923, und dann der 2. Parteikongreß, November 1924, einnahmen. Besonders rasche und gründliche Fortschritte sind aber erst später zu verzeichnen. In der Resolution, die der 1. Kongreß zur nationalen Frage annahm, wurden folgende Forderungen gestellt:

1. Beseitigung aller nationalen und sprachlichen Vorrechte, in möglichst weitgehendem Maße, Verwirklichung des Grundsatzes, daß jeder Staatsbürger in seiner Sprache sein Recht wahrnehmen könne. Lösung der Amtssprachenfrage einzig und allein nach dem Bedürfnis der Bevölkerung und den Grundsätzen einer praktischen Verwaltung, nicht aber vom Standpunkte der Vorherrschaft einer Nation.

2. Weitestgehende Ausgestaltung und Bewegungsfreiheit der Selbstverwaltung in Gemeinde, Bezirk und Kreis, ohne Bevormundung durch die staatliche Bürokratie.

3. Regelung des Schulwesens nach demselben Grundsatz. In beiden Fällen jedoch keine Absonderung der arbeitenden Bevölkerung der verschiedenen Nationen auf Grund einer territorialen oder personalen nationalen Autonomie.

4. Ergeben sich in der kommunalen oder Schulverwaltung Differenzen nationaler Natur, so sollen die proletarischen Organisationen mit ihrer Beseitigung und der Schaffung eines Ausgleichs betraut werden.

In einem ähnlichen Sinne waren die Thesen, die auf diesem Parteitage angenommen wurden, gehalten. Bereits die Resolution, die auf dem 2. Parteitage der KPTsch angenommen wurde, stellt in bezug auf diese Stellungnahme in der Nationalitätenfrage mit Recht fest,

„daß die Thesen des 1. Parteitages zur nationalen Frage im wesentlichen opportunistisch waren und den schon auf dem 2. Weltkongreß der KI angenommenen leninistischen Grundsätzen nicht entsprechen . . .“

In den Richtlinien, die der 2. Parteikongreß angenommen hat, heißt es bereits:

„Die KPTsch kämpft für die Durchführung des Selbstbestimmungsrechts bis zur Loslösung von einander.“

was jedenfalls schon ein gewaltiger Fortschritt war. In der Resolution des 2. Parteitages selbst wird erklärt:

„In Erkenntnis der Notwendigkeit, die gesamte nationale Politik unter dem Gesichtspunkte der revolutionären Strategie zu führen, erklärt sich der 2. Parteitag mit den nationalen Thesen des 5. Kongresses vollkommen einverstanden. Die Duldung der opportunistischen Abweichungen, welche sich in der Partei zeigten, würden die Rückkehr zu der sozialdemokratischen Auffassung in dieser Frage bedeuten. Die wütende Hetze der bürgerlichen Presse gegen die nationalen Thesen des 5. Kongresses ist der beste Beweis dafür, daß ihre Durchführung nicht die Partei und das Proletariat, sondern die Bourgeoisie in Gefahr bringen wird. Ebenso stimmt der Kongreß mit der Erklärung des EKKI zur nationalen Frage überein.

Der Parteitag beauftragt den Zentralvollzugsausschuß, konkrete Linien für die praktische Arbeit in der nationalen Frage im Sinne der Beschlüsse der Internationale auszuarbeiten und verpflichtet alle Organisationen der Partei, auf dieser Grundlage den Kampf gegen die nationale Unterdrückung zu führen.“

Die Bedeutung dieser Stellungnahme besteht darin, daß die Partei sich in ihr zum ersten Male zum Prinzip einer bolschewistischen Nationalitätenpolitik durchgerungen hatte. Daß es vom Prinzip zur Tat noch weit ist, das bewies der Verlauf des im September 1925 abgehaltenen 3. Parteitages, auf welchem die vom 2. Parteitag beschlossenen „konkreten Linien für die praktische Arbeit“ noch immer nicht vorgelegt werden konnten, woran sicherlich die schwere Krise, die die Partei gerade zwischen diesen zwei Parteitagen durchmachte, in erster Reihe schuld war.

Der Beginn einer praktischen Nationalitätenpolitik im leninistischen Sinne fällt erst in die Zeit nach dem 3. Parteitag. In der Erklärung, die die kommunistische Fraktion nach den Parlamentswahlen des Herbstes 1925 im Parlament abgab, sind die praktischen Aufgaben einer leninistischen Nationalitätenpolitik in der Tschechoslowakei zum ersten Male vollkommen richtig und erschöpfend dargetan. Die im Sommer 1926 in Zilina (Slowakei) abgehaltene Kreiskonferenz und die am 19. September in Prag abgehaltene Konferenz für die deutschsprachigen Gebiete, die schon unter dem Eindruck der sich zwischen den Bourgeoisien der tschechischen, deutschen und slowakisch-ungarischen Nationen vollzogenen „Aussöhnung“ standen, brachten — im Prinzip wenigstens — die Probleme der tschechoslowakischen Nationalitätenfrage mit den konkreten Tagesfragen der KPTsch in direkte Verbindung. Es wurde auf diese Weise die Grundlage geschaffen, auf der die Partei weiterbauen und die nationale Frage zu einem mächtigen Hebel in ihrer allgemeinen revolutionären Politik machen kann.

PAWEL ALISSOW:

## DAS IMPERIALISTISCHE RUMÄNIEN ALS OBJEKT DES IMPERIALISTISCHEN AUSDEHNUNGSDRANGES UND WERKZEUG DES ANTISOWJETBLOCKS

(Aus Anlaß des französisch-rumänischen und italienisch-rumänischen  
Vertrages)

### I. Die bessarabische Frage — ein Produkt des Imperialismus

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts begann das feudale Rumänien unter der Einwirkung des westeuropäischen Kapitals, sich rasch in einen bürgerlichen Staat umzuwandeln, allerdings mit recht großen Ueberbleibseln der Leibeigenschaft. Dieser Uebergang vom Feudalstaat zum bürgerlichen Staat vollzog sich in Rumänien etwas anders als in den westeuropäischen Ländern. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als in den westeuropäischen Staaten der Industriekapitalismus sich bereits herausgebildet hatte und in der Folge der Finanzkapitalismus mit seinen unbegrenzten imperialistischen Tendenzen bereits feste Formen anzunehmen begann, bildete das feudale Rumänien mit seinem reichen Markt und seinen Naphthaquellen ein recht günstiges Objekt für die imperialistischen Gelüste der westeuropäischen kapitalistischen Mächte. Das Industrie- und Finanzkapital streckte seine Fangarme nach dem feudalen und halbfeudalen Rumänien aus, wo es für seine Ausbeutungspolitik einen recht guten Nährboden fand.

Dank dieser wirtschaftlichen Einwirkung des westeuropäischen Industrie- und Finanzkapitalismus verwandelte sich das feudale Rumänien sehr bald in einen bürgerlichen Staat.

Kaum aus dem feudalen Ei gekrochen, begann das halbbürgerliche Rumänien übermäßige imperialistische Tendenzen in bezug auf seine Nachbarn und deren Provinzen zu offenbaren. Vermittels gemeiner Lüge, frechen Betrug und unverhüllten Raubes gelang es ihm, mit Unterstützung der einen oder anderen „großen“ imperialistischen Macht, seinen aufdringlichen imperialistischen Appetit zu befriedigen. Die Kriegs- und Nachkriegszeit kennzeichnet Rumänien besonders anschaulich als ein Land, das fähig ist, um seiner „kleinen“ imperialistischen Ziele willen, sich dem beutegierigen westeuropäischen Kapital auszuliefern. Die „großen“ Mächte jedoch, die miteinander um das rumänische Objekt ihrer imperialistischen Gelüste kämpfen, benutzen Rumänien als Objekt des Antisowjetblockes. Als bestes Mittel aber, um Rumänien in die Sphäre der imperialistischen Expansion und in den Antisowjetblock hineinzuziehen, dient ihnen dabei die bessarabische Frage.

Rumänien ist der Knotenpunkt, in welchem sich sowohl die imperialistischen Tendenzen in bezug auf dieses Land selbst, als auch die gegen die Sowjets gerichteten Bestrebungen kreuzen. Rumänien dient gleichzeitig als Ausbeutungsobjekt und als notwendiges Werkzeug des Kampfes gegen die Sowjetunion.

In dieser Verkettung der Gegensätze bildet die bessarabische Frage keine Ausnahme. Bessarabien, das unmittelbar an der Donaumündung liegt, dient nicht nur als Objekt der imperialistischen Gelüste der Großmächte, sondern auch als das natürliche Aufmarschgebiet der gegen die Sowjets gerichteten Politik, für deren Durchführung Rumänien das Werkzeug abgibt.

Bessarabien ist ein überaus reiches, von drei Millionen Menschen bevölkertes Gebiet, dessen jährliche Ausfuhr vor dem Kriege allein an Getreide 1600 Millionen Kilogramm betrug. Außerdem ist der Besitz Bessarabiens auch gleichbedeutend mit der Herrschaft über die Donaumündung, d. h. über den Ein- und Ausgang des Wasserweges Donau-Main-Rhein. Bessarabien dient zudem als bequemer Waffenplatz für militärisch-strategische Zwecke, da es die Brücke darstellt, die die südrussische Ebene mit dem Balkan verbindet.

Alle diese Umstände machen aus Bessarabien in der Hand der Großmächte ein recht gutes Mittel zur Benutzung Rumäniens als Objekt der imperialistischen Ausbeutung und als Aufmarschgebiet für den Kampf gegen die Sowjets.

Rumänien ist bereit, sich jeder beliebigen Macht für jeden beliebigen Preis zu verkaufen, um nur Bessarabien zu besitzen. Indessen zeigte Rumänien nicht auf einmal einen solchen Appetit.

Während des Krieges feilschte Rumänien lange mit den kriegführenden Mächten. Die rumänische Regierung sandte zu Beginn des Krieges an Wilhelm II. Glückwunschtelegramme mit Ermutigungen zu weiteren Siegen. In der Folge, als die Erfolge Deutschlands zweifelhaft zu werden begannen, fing Rumänien an, mit den Verbündeten zu feilschen, und forderte nur einen Teil Bessarabiens (den früheren Ismailischen Kreis) als Preis für die „Neutralität“ und nachher für die Teilnahme am Kriege. Das zaristische Rußland lehnte damals diesen Vorschlag ab.

Auf diese Weise war Rumänien genötigt, seine Teilansprüche auf Bessarabien aufzugeben, und ging darauf ein, von den Verbündeten Siebenbürgen und das Banat anzunehmen.

Als jedoch das zaristische Rußland seine Rolle ausgespielt hatte, begannen die rumänischen Bojaren zu überlegen, wie sie sich des ganzen Bessarabiens bemächtigen könnten. Da Bessarabien keiner der imperialistischen Mächte gehörte, sondern einen Bestandteil des revolutionären Rußlands ausmachte, so war jeder der imperialistischen Räuber einverstanden, jeden beliebigen Raub gutzuheißen, der Sowjetrußland schädigen konnte. Nachdem Deutschland Rumänien zertrümmert hatte, war dieses nun vollkommen den Generalen des Kaisers zu Willen, weshalb es denn auch von Deutschland das „Erstgeburtsrecht“ auf den Raub Bessarabiens als Preis für den Sonderfrieden erhielt. Nachdem Rumänien von Deutschland das Recht auf Bessarabien zugesprochen worden war, begann Rumänien, nach der Niederlage Deutschlands, bereits von der Entente die Sanktionierung des Raubes zu erbitten, und zwar als Lohn für die Zertrümmerung der Ungarischen Räterepublik und für seine Rolle als antibolschewistischer Büttel.

In dem Bestreben, sich die Donaumündung zu sichern, dieses Bindeglied des großen Wasserweges über die Donau und über das Schwarze Meer zum türkischen und persischen Naphtha, und in der Absicht, ein Hindernis und einen Wall gegen den Bolschewismus zu errichten, sanktionierte die Entente natürlicherweise den Raub.

Der weitere Verlauf dieser Angelegenheit zeigt, daß Rumänien alle Maßnahmen trifft, um seinem Raub eine offizielle Form zu geben. Die imperialistischen Mächte jedoch bedienen sich dieses Umstandes für ihre imperialistischen Zwecke.

Der Botschafterrat vom 28. Oktober 1920 in Paris „anerkannte“ Bessarabien als rumänischen Besitz und bekräftigte diesen seinen Beschluß durch ein entsprechendes Protokoll. Dieses Protokoll trägt die Unterschriften der Vertreter Englands, Frankreichs, Italiens und Rumäniens. Der Inhalt des Protokolls deckt klar die ganze Schamlosigkeit dieses Schachers auf. Nach diesem Vertrag wird Bessarabien von den Verbündeten als rumänischer Besitz anerkannt. Die Grenzen Bessarabiens (Rumäniens) werden von einer Kommission festgesetzt, die aus drei Mitgliedern besteht: aus je einem Vertreter der Entente, Rumäniens und Rußlands . . . und zwar nach Ernennung durch den Völkerbund. Das Protokoll tritt in „Kraft“ nach seiner Ratifizierung durch die Parlamente der Mächte, die an der Konferenz teilgenommen haben. Dieser letztere Umstand, die Bedingtheit der Rechtskraft des Pariser Protokolls, verwandelte im Verlauf der weiteren Ereignisse den ganzen „Beschluß“ der Botschafterkonferenz wirklich in einen Fetzen Papier, sogar vom Standpunkt des bürgerlichen Rechts.

Inzwischen begnügte sich Rumänien, in der Hoffnung auf die baldige Schwächung Sowjetrußlands, mit diesem unverbindlichen, jedoch von der Entente unterschriebenen Dokument zur Sicherung des bessarabischen Besitzes. Die rumänische Diplomatie nahm an, daß nach der Bekräftigung der Tatsache des internationalen Raubes durch das formelle Moment seiner Anerkennung die bessarabische Frage erledigt sein werde. Alle Bestrebungen, alle Wünsche, aller Wille der rumänischen Oligarchie waren darauf gerichtet, sich die bessarabische Beute durch einen internationalen formalen Akt unter Umgehung Sowjetrußlands zu sichern.

Der Verlauf der Geschichte bewies indessen das Gegenteil. Dank dem Wachstum eines neuen internationalen Faktors — der Rolle Sowjetrußlands — wurde die Verwirklichung des Pariser Protokolls immer schwieriger. Nachdem die Pariser Abmachung vom englischen Parlament (1922) und darauf von der französischen Kammer (1924) anerkannt worden war, fand im März 1924 die russisch-rumänische Konferenz in Wien statt.

Der Standpunkt, den die Sowjetregierung auf der Konferenz vertrat, war ein einfacher: Volksentscheid nach der Entfernung der Besatzungstruppen; möge das Volk selbst entscheiden, ob es sich der Sowjetunion oder Rumänien anschließen will oder ein unabhängiges Land bilden möchte.

Die rumänische Delegation ließ die Konferenz scheitern und beschloß, die Anerkennung des Pariser Protokolls durch Italien und Japan zu erlangen. Aber weder Italien noch Japan waren dafür zu haben. Darauf beschloß die rumänische Regierung, ihre diplomatische Linie abzuändern.

## II. Die Entstehung des französisch-rumänischen „Freundschafts“-Vertrages

Das Jahr 1926 wird gekennzeichnet durch einen Umschwung in der Taktik der rumänischen Diplomatie hinsichtlich der bessarabischen Frage. Die daran interessierten Mächte benutzen jedoch dieses neue Manöver, um Rumänien durch ihr Kapital zu erobern und den sowjetfeindlichen Block

zu stärken. Das wird klar und deutlich durch den französisch-rumänischen und italienisch-rumänischen Vertrag bewiesen.

Poincaré brachte sowohl vor der Wiener russisch-rumänischen Konferenz 1924, als auch im Jahre 1926, Rumänien eine „unbezahlbare“ Gabe dar: den „Freundschafts“-Vertrag. Der Vertrag wurde im Juni vorigen Jahres abgeschlossen, aber erst im Januar dieses Jahres veröffentlicht.

Der Vertrag sieht den gegenseitigen Beistand vor im Falle eines Angriffs durch eine dritte Macht auf eine der Vertragsmächte und garantiert beiden Signatarmächten den territorialen Status quo. Der Vertrag läuft zehn Jahre.

Das bürgerliche Frankreich hegt „freundschaftliche“ Gefühle für das feudal-kapitalistische Rumänien als Objekt seiner wirtschaftlichen Expansion. Aber Rumänien stellt nicht nur für Frankreich ein solches Objekt dar. Es gibt noch andere „große“ Mächte, die nach dem rumänischen Naphtha und der Donaumündung, diesem billigen Transportweg für das türkische und persische Steinöl, ihre imperialistischen Fühler ausstrecken. Um Rumänien rivalisieren einige Großmächte, und Frankreich findet einen starken Nebenbuhler in England und in dessen Agenten Italien. Die englischen und französischen Gegensätze kreuzen sich überall, wo auch nur ein Objekt für imperialistische Gelüste zu finden ist. Rumänien ist nur ein kleiner Wetterwinkel der englisch-französischen Gegensätze.

Infolge des Locarnovertrages, nach dem der englische Einfluß in Deutschland triumphierte, begann England Maßnahmen zu treffen, um den Einfluß Frankreichs auf den Balkan zu schwächen, wo es den französischen Kapitalisten gelungen war, verhältnismäßig festen Fuß zu fassen. So erneuerte die Kleine Entente, dieses Erzeugnis der französischen Politik, am 16. Juni 1926 ihren Vertrag in Bukarest, was das Ergebnis des weiter anhaltenden Einflusses Frankreichs auf den Balkan war. Ferner entschloß sich Frankreich, mit Rücksicht auf den Kampf gegen den englischen Einfluß, zu einer Annäherung an Deutschland, was die Zusammenkunft Briands und Stresemanns in Thoiry (am 17. September v. J.) bezeugt. Und die Abmachungen einer Reihe französisch-deutscher kapitalistischer Gruppen bezeugten die Möglichkeit eines Wirtschaftsblocks der deutschen und französischen Kapitalisten.

Aber England findet in seinem Kampf gegen Frankreich einen zuverlässigen Verbündeten in Italien, das in letzter Zeit seinen imperialistischen Ausdehnungsdrang im Bereich des Mittelländischen Meeres besonders stark zum Ausdruck bringt. Um die imperialistischen Absichten in Einklang miteinander zu bringen, wurde nach der Zusammenkunft in Thoiry eine Begegnung der „Lenker der Schicksale Europas“, Chamberlains und Mussolinis, auf einer Jacht im Mittelländischen Meer, in Livorno zustandegebracht.

Auf Thoiry folgte der Januarbesuch Churchills bei Mussolini in Rom. Dieser Besuch ist von ungeheurer politischer Bedeutung, denn seine Ergebnisse waren: 1. die Entsendung italienischer Kriegsschiffe nach Schanghai zur Teilnahme an der Unterdrückung der chinesischen Revolution, 2. die italienisch-ungarische Annäherung und 3. die wachsende italienische Angriffslust in bezug auf einen Teil Anatoliens (Türkei).

Diese „Siege“ Churchills und Mussolinis bedeuten einen neuen Schlag gegen das französische Schoßkind — die Kleine Entente — die dank dem

Wachstum ihrer inneren Widersprüche immer schwächer wird. Aber die Angriffslust Churchills und Mussolinis stärkt auch den Antisowjetblock.

Die Rivalität zwischen Italien (England) und Frankreich zeigt sich auch auf dem Balkan. Der Umsturz des Generals Kondylis ersetzte den englischen Einfluß durch den französischen. Aber in letzter Zeit versuchen England und Italien, Griechenland für die Schaffung eines sowjetfeindlichen Blocks zu gewinnen, was — infolge der Gegensätze zwischen Griechenland und Jugoslawien betrefFs der Eisenbahn Saloniki—Gewgeli — nicht unmöglich ist. England streckte seine Fühler auch nach Bulgarien aus, durch die Gewährung einer Anleihe von 2½ Millionen Pfund Sterling gegen Ueberlassung des ausschließlichen Anrechts auf die gesamte Ausfuhr der landwirtschaftlichen Rohstoffe. England legte seine schwere Hand auch auf das albanische Naphtha. Der Abschluß des italienisch-albanischen Vertrages bezeugt die vollständige Unterwerfung Albaniens unter das italienisch-englische Kapital. Es ist natürlich, daß auch Rumänien in die Sphäre des englischen Einflusses einbezogen wurde: England beginnt letzters, Waffenfabriken in Siebenbürgen zu bauen. England plant die Errichtung einer Flottenbasis an den Küsten Rumäniens. Und der Genosse Englands — das italienische Kapital — schlägt im Wirtschaftsleben Rumäniens immer tiefere Wurzel.

Der Kampf der imperialistischen Mächte um den Einfluß in Rumänien wird offen ausgetragen, und Rumänien ist seinerseits bemüht, diesen Kampf für seine eigenen Zwecke auszunutzen.

Als eben diesem Grunde schloß Frankreich, das den anhaltenden Einfluß Englands auf den Balkan fürchtet, den „Freundschafts“-Vertrag mit Rumänien. Der Vertrag ist ein Ergebnis der englisch-französischen Rivalität, aber Rumänien verstand es, auch mit Hilfe dieses Vertrages (zum wievielten Male?) sich den Besitz Bessarabiens durch das französische diplomatische Siegel bestätigen zu lassen. Gleichzeitig belohnte Poincaré den Generalinspektor der Siguranza (Geheimpolizei), Hussarescu, mit dem Orden der Ehrenlegion für seine „fruchtbare“ Tätigkeit in Bessarabien. Damit bewies Poincaré noch einmal, daß die Entente die Plünderungen und den Terror auch in dem geraubten Bessarabien billigt.

Durch den Abschluß des Vertrages mit Rumänien stärkt Frankreich den Antisowjetblock. Die Reise, die der Kriegsminister, General Mircescu, nach dem Abschluß des Vertrages unternahm, um einige Monate lang in Paris die Ausführung der rumänischen Waffenbestellungen zu überwachen, bezeugt, daß Frankreich in der Tat fortfährt, Rumänien zu bewaffnen. Man muß blind sein, um nicht zu sehen, daß die Bewaffnung Rumäniens sich vor allem gegen die Sowjetunion richtet. Dafür erhält Rumänien aufs neue von Frankreich die platonische Sanktion der Einverleibung Bessarabiens, jedoch in einer neuen Form: der „Garantie des territorialen Status quo“.

Berücksichtigt man den etwas früher nach französischem Diktat abgeschlossenen polnisch-rumänischen Militärvertrag, so wird die Zielsetzung dieser ganzen Machenschaft noch viel klarer: die kapitalistischen Mächte fördern die Verstärkung und Ausdehnung des Netzes der sowjetfeindlichen Staaten.

### III. Der italienisch-rumänische „Freundschafts“- Vertrag

Das gleiche Umgehungsmanöver versuchte Rumänien durch den Abschluß des „Freundschafts“-Vertrages mit Italien (am 17. September 1926). Hierbei nutzte natürlich Rumänien die italienisch-französischen Gegensätze aus. Und Italien erhielt die Möglichkeit, seinen Einfluß auf Rumänien zu vertiefen und auszudehnen. Der französisch-rumänische Freundschaftsvertrag riß ein Loch in den englischen Einfluß auf den Balkan. Rumänien öffnete eine Hintertür für die Verstärkung des französischen Einflusses, in der Erwägung, daß dadurch die englische und italienische Rivalität wachgerufen wird. Es erwartete durchaus klugerweise das Bestreben Englands und Italiens, sich gleichfalls in Rumänien zu befestigen, und war bemüht, von Italien durch Ueberlassung wirtschaftlicher Vorrechte zu erreichen, daß es das berüchtigte Pariser Protokoll anerkenne.

Laut dem Vertrag beschlossen Italien und Rumänien: 1. sich gegenseitig zu unterstützen, 2. sich in bezug auf die Maßnahmen zu verständigen, die gemeinsam zur Verteidigung ihrer Interessen getroffen werden müssen, 3. einander ihren politischen und diplomatischen (lies: militärischen) Beistand zuteil werden zu lassen. Der Vertrag wird auf fünf Jahre abgeschlossen.

Der italienisch-rumänische Vertrag war das Ergebnis von Wirtschaftsverhandlungen zwischen diesen Ländern. Noch vor dem Abschluß des französisch-rumänischen Vertrages führte Rumänien langwierige Verhandlungen mit Mussolini, um die Anerkennung des Pariser Protokolls durch Italien zu erlangen. Die Uebereinkunft wurde auf der Grundlage der wirtschaftlichen Annäherung erzielt. Italien erhält das Recht auf die Ausbeutung der rumänischen Naphthavorkommen und gewährt Rumänien eine Anleihe von 200 Millionen Lire für 10 Jahre. Die Hälfte der Anleihe (100 Millionen Lire) legt Rumänien in militärischen Bestellungen in Italien an. Außerdem verpflichtet sich Rumänien zur Tilgung seiner Kriegsschuld von 157 Millionen Lire im Laufe von 50 Jahren.

Der Vertrag besagt vor allem, daß Italien es unternommen hat, Rumänien zu bewaffnen. Dieses steht vorwiegend in feindseligen Beziehungen zur Sowjetunion. Folglich richtet sich die Bewaffnung Rumäniens durch Italien gegen die Sowjetunion. Italien, Ungarn, Polen, Litauen, der Umsturzversuch in Lettland, die Versklavung Rumäniens durch das faschistische Italien usw. — alles das spricht dafür, daß die Dirigenten des faschistischen Blocks sich zum Ziele gesetzt haben, die Sowjetunion durch einen engen Ring sowjetfeindlicher Staaten einzukreisen. Wir werden zweifellos in der nächsten Zeit noch mehr als einen Freundschaftsvertrag erleben, dessen Spitze gegen die Sowjetunion gerichtet sein wird\*.

Der italienisch-rumänische Vertrag konnte auch die bessarabische Frage nicht umgehen. Nach dem Abschluß des Vertrages schickte Mussolini an Averescu ein Schreiben mit der Erklärung, das Pariser Protokoll erst dann zu ratifizieren, „wenn dies ohne Beeinträchtigung der allgemeinen Interessen

\* Dieser Aufsatz war bereits im Druck, als die Nachricht von der „Ratifizierung“ des Pariser Protokolls durch Italien eintraf.

Italiens geschehen kann“. Und nach seiner Rückkehr aus Rom nach Bukarest machte Averescu den Journalisten folgende Mitteilung:

„Der Vertrag enthält die Anerkennung der gegenwärtigen rumänischen Grenzen mit Einschluß Bessarabiens. Die Frage betreffs der Ratifizierung des Protokolls wurde nicht von mir aufgeworfen, sondern von Italien, und zwar dadurch, daß in Mussolinis Brief, der dem Vertrag beigefügt ist, Bessarabiens Erwähnung getan wurde. Italien betonte aufs neue die Existenz des Protokolls.“

Wenn für Rumänien der Besitz Bessarabiens Selbstzweck ist, so war für Italien die bessarabische Frage hauptsächlich ein Anlaß und Mittel, um Rumänien zuverlässiger ins faschistische sowjetfeindliche Fahrwasser zu lenken.

Bald darauf konnte man innerhalb Bessarabiens selbst Waffenlärm vernehmen. Die italienische Mission unternahm nach dem Vertragsabschluß vor allem eine Rundreise durch Rumänien. Ein Teil der Mission (der militärische) mit Marschall Badaglio an der Spitze unternahm eine „Forschungsreise“ nach Bessarabien. Beim Festessen in Kischinew wurden bedeutsame Reden gehalten, und Badaglio gab folgendes Versprechen ab: „Brüder, wenn für euer Land die Stunde der Gefahr anbrechen wird, werde ich auf eurer Seite sein“. Badaglio wurde durch die Ernennung zum „Ehrenbürger“ der Stadt Kischinew ausgezeichnet, und eine Hauptstraße in „Badaglio-Straße“ umgetauft.

Einige Wochen später löste die faschistische Regierung Mussolinis ihr Versprechen ein und setzte ihre Unterschrift unter das räuberische Schriftstück. Auf diese Weise ist die Kette London-Rom-Bukarest dem Anschein nach gänzlich geschlossen. Wird jedoch die bessarabische Frage dadurch gelöst? Die Imperialisten selbst hegen wohl kaum in dieser Hinsicht irgend welche Illusionen.

Mögen die bürgerlichen Regierungen zu ihrem Vergnügen die Zugehörigkeit Bessarabiens zu Rumänien ratifizieren; es gibt jedoch ein einziges, für die rumänische Bourgeoisie nicht zu überwindendes Hindernis in der bessarabischen Frage: das ist der Wille der Arbeiter und Bauern Bessarabiens, die Selbstbestimmung bis zur Loslösung fordern. Die Versklavung jedoch, die der französisch-rumänische und italienisch-rumänische Vertrag den Werktätigen Rumäniens auferlegt, wird früher oder später durch den einmütigen Ansturm der Arbeiter und Bauern aller Nationalitäten aufgehoben werden.

TOIWO ANTIKAINEN:  
ÜBER MILITÄRPOLITISCHE FRAGEN  
IN FINNLAND

Finnland gehört zu jenen sogenannten selbständigen Staaten, die sich unter wirtschaftlicher und politischer Vormundschaft der großen imperialistischen Mächte befinden. Diese politische Bevormundung kommt besonders in außenpolitischen und militärpolitischen Fragen zum Ausdruck. Hier mußte das „selbständige“ Finnland zuerst vom deutschen Imperialismus und gegenwärtig vom englischen Imperialismus so manches hinnehmen. Diese Stellung Finnlands brachte es mit sich, daß als dringliche Tagesaufgaben in erster Linie militärpolitische Fragen figurierten, um die sich die gesamte Politik der Bourgeoisie drehte.

Wir wollen hier nun etliche militärpolitische Handlungen betrachten, die vom weißen Finnland unternommen wurden.

Bisher gab es in Finnland nur ein „provisorisches“ Heeresamt. Ein ständiges Regulativ für dieses Amt gibt es noch nicht; es wurde bisher durch häufig wieder aufgehobene Regierungserlasse und Parlamentsbeschlüsse verwaltet und ausgebaut. Bei der Debatte über das Staatsbudget im Parlament tauchten alljährlich Meinungsverschiedenheiten auf über den Haushalt und die Gestaltung des Heeresamtes.

Ende 1923 ernannte die Regierung die sogenannte Revisionskommission für die Landesverteidigung, damit diese einen Bericht für die Umwandlung des provisorischen Heeresamtes in ein ständiges zusammenstelle. Die Revisionskommission war aus militärischen Spezialisten und Deputierten der sozialdemokratischen und bürgerlichen Parlamentsfraktionen zusammengesetzt. Zur Verfügung dieser Kommission oder vielmehr an der Spitze derselben standen die englischen Spezialisten, Generalmajor W. Keerke und der Major Pawels. Diese waren selbstverständlich darauf bedacht, daß der Machtwille Englands in gebührender Weise zur Geltung kam und daß der finnische Militarismus in die imperialistische Einheitsfront eingereiht wurde. Im Jahre 1926 wurden Teile des Memorandums dieser Revisionskommission veröffentlicht. Es wurde konstatiert, daß Keerke „der Kommission für die Landesverteidigung in ihren Arbeiten besonders wertvolle Hilfe geleistet habe“. Neben diesem öffentlichen Vertreter Englands leiteten die Formierung der finnischen Armee selbstverständlich auch noch geheime Agenten.

Im Memorandum werden die militärpolitische Lage Finnlands, ferner die Aufgaben einer Reorganisation der Armee, wie die Hebung der See- und Küstenverteidigung und der Flotte, dargelegt; dies alles gründet sich auf den Plan, der vom englischen Generalstab für eine eventuelle Verwendung Finnlands als Teil der imperialistischen Heeresmacht ausgearbeitet wurde.

Von Interesse ist, daß General Keerke, der in dem Berichte die politische Orientierung Finnlands und dessen Lage zwischen dem skandinavischen und dem baltisch-polnischen Block analysiert, ganz offen konstatiert, daß

„Finnland in Umgehung seiner nächsten Nachbarn sich an England und möglicherweise auch an Amerika wenden werde, um, wenn auch keine materielle, so doch moralische Hilfe zu erhalten. Und da England 40 Prozent des gesamten Exportes Finnland aufnimmt, während sein Anteil an der finnländischen Einfuhr nur 20 Prozent beträgt, so dürfen wir sagen, daß wir schon unter friedlichen Bedingungen in bestimmter Weise das durchführen, was für uns erforderlich ist.“

Klar und bestimmt ausgesprochen. Wenn man noch in Betracht zieht, daß England auch den baltisch-polnischen Block leitet, so wird man sehr bald erkennen, welches der Anteil Finnlands in der allgemeinen Kette der Randstaaten unter dem Kommando Englands ist.

Es kann konstatiert werden, daß der Einfluß Englands auch in Schweden, Norwegen und Dänemark ein bedeutender ist. Bisher trug der schwedische Militarismus die Maske eines „Schutzes der Neutralität“. Zurzeit vergrößert jedoch Schweden seine Flotte durch den Bau neuer Panzerkreuzer. Dies bedeutet eine Intensivierung seiner aggressiven Kampfkraft.

Die Orientierung Finnlands auf Skandinavien entspricht folglich auch den Interessen Englands, das offenbar bestrebt ist, Finnland zu einem Bindeglied zwischen Skandinavien und dem Baltikum zu machen.

Die zurzeit bestehende Lage scheint für England am zweckmäßigsten zu sein; sie erhält diese Vasallenstaaten gesondert voneinander, damit Finnland unmittelbar weder zu den baltischen noch zu den skandinavischen Staaten stoßen und England diese Länder gesondert kommandieren kann. Hier ist für England das Prinzip des „divide et impera!“ (Teile und herrsche!) von Vorteil; denn, wenn diese Staaten miteinander verbünden wären, so könnten sie mit größeren Präntensionen auftreten, als sie es heute vermögen.

### Das Heeresbudget

Das Staatsbudget Finnlands wird von den Arbeitern als Heeresbudget bezeichnet. Und das trifft zu. Das Hauptaugenmerk des Budgets ist auf Rüstungsausgaben gerichtet, die einen unverhältnismäßig großen Teil unter den übrigen Ausgaben repräsentieren.

Die Aufwendungen für Heereszwecke haben sich unablässig gesteigert. Dies geht aus folgenden Ziffern hervor:

Im Jahre 1922 . . . . .	359,9	Mill. Finn. Mark
„ „ 1923 . . . . .	408,6	„ „ „
„ „ 1924 . . . . .	445,8	„ „ „
„ „ 1925 . . . . .	535,0	„ „ „
„ „ 1926 . . . . .	526,9	„ „ „
„ „ 1927 . . . . .	574,1	„ „ „

Die militärischen Ausgaben betragen 17 Prozent der gesamten Staatsausgaben, das sind, auf jeden Einwohner berechnet, 20 Mark, während sie in der USSR nur 10 Mark betragen.

In den ordentlichen Haushalt für 1927 sind auch 30 Millionen Mark für die Schutzkorps eingerechnet. Bisher erschienen die Subventionen für die Schutzkorps im außerordentlichen Budget. Wenn man den Haushaltsplan von 1922 mit 373,5 Mill. Mark (einschließlich der damaligen Assignierungen für die Schutzkorps) mit dem für 1926 bestätigten Haushaltsplan vergleicht, so kommt das schnelle Anwachsen der militärischen Lasten in einem Betrage von mehr als 200 Mill. Mark zum Ausdruck. Hierzu sind noch die jährlichen Assignierungen zum Schutz der Grenze gegen die USSR in einem Betrage von 26,3 Mill. Mark zu rechnen (aus diesen Mitteln wurden ins-

besondere auch die Ueberfälle an der Grenze und das Banditenunwesen finanziert). Darüber hinaus bewilligt die Bourgeoisie für die lokalen Schutzkorps Millionenbeträge aus Gemeindemitteln. Bezeichnend ist auch, daß, als das Flottenbaugesetz vom Parlament abgelehnt und bis zu den Neuwahlen hinausgeschoben wurde, die Bourgeoisie entgegen aller parlamentarischen Gepflogenheiten dennoch im außerordentlichen Budget für den Flottenbau gegen 50 Millionen Mark jährlich assignierte.

Bei den Haushaltdebatten (Dezember 1926) erklärte die sozialdemokratische Parlamentsfraktion, daß sie die Flottenkredite ablehne. Dessenungeachtet hat die sozialdemokratische Regierung im Januar dieses Jahres zwei Unterseeboote in Auftrag gegeben. Das sozialdemokratische Ministerium erfüllt so gehorsamst die Anweisungen der Militaristen.

Die von der Fraktion der Arbeiter und kleinen Landwirte vorgeschlagenen Abstreichungen am Heeresbudget des Jahres 1927 hätten den Ausgabenetat um 400 Millionen Mark verringert. Zugleich hatte die Fraktion eine Erhöhung der Tagesgelder der einfachen Soldaten von einer Mark auf fünf Mark und eine Reihe von Maßnahmen zur Besserung der Lebenshaltung der Soldaten vorgeschlagen. Selbstverständlich ist die Annahme dieser Vorschläge an dem gemeinsamen Widerstand der Bourgeoisie und der Sozialdemokraten gescheitert.

Der sich auf die Umwandlung der Armee in eine ständige Institution beziehende Gesetzentwurf der oben erwähnten Revisionskommission ist bisher noch nicht verabschiedet worden. Wenn er zur Annahme gelangt, so wird sich der jährliche Haushalt des Heeresministeriums auf 700 Millionen Mark belaufen.

Diese Ziffern und Tatsachen zeigen deutlich, wohin gesteuert wird. Sie weisen auf eine aktive Kriegspolitik hin. Mehr oder weniger deutlich tritt die kriegerische Stimmung mit den alarmierenden Aufrufen „zur Grenze“ auch aus den Reden und der Tätigkeit der sozialdemokratischen Führer hervor.

Nur die Deputierten der Fraktion der revolutionären sozialistischen Arbeiter und kleinen Landwirte waren aufrichtig bestrebt, die Interessen der Werktätigen zu verteidigen. Sie enthüllen den Klassencharakter des kapitalistischen Militarismus und der bürgerlichen Armee, die der Arbeiterklasse entgegengestellt wird; sie weisen auf die in der Armee herrschende Zersetzung, auf die empörende Willkür der Offiziere und auf die Soldatenmißhandlungen hin, ebenso auf die Teilnahme Finnlands an den imperialistischen kriegerischen Vorbereitungen gegen die USSR. Sie forderten die Auflösung der bürgerlichen Klassenarmee und die Einführung des Systems einer bewaffneten Volksmiliz gegen die imperialistischen Banditen.

### Der Streit um die leitenden Stellen

Gegenstand besonderer Kämpfe sind die hohen Kommandostellen in der Armee. Um diese Posten wurden von verschiedenen Parteigruppen Intrigen gesponnen und Kämpfe ausgefochten.

Die Faschisten aus dem Lager der Zeitungen „Iltalehti“ und „Ussi Suomi“ forderten und erreichten, daß die Armee von allen Offizieren des alten zaristischen Heeres „gereinigt“ und daß alle leitenden Posten der Armee von

Jägeroffizieren besetzt werden. Zu dem gleichen Zwecke förderten sie ein überaus eiliges Aufrücken der Jäger zu Offizieren und Generalen.

Die Anhänger der Zeitung des bürgerlichen Zentrums „Helsingin Sanoma“ verteidigten demgegenüber mit Unterstützung der Sozialdemokraten die Beibehaltung der alten zaristischen Offiziere, wenn sie sich nur als „ergebene Freunde des Vaterlandes“ erwiesen.

„Ilka“ (die Zeitung des Bundes der Landwirte) war ebenfalls bereit, die alten Offiziere finnischer Abstammung zu verteidigen, hetzte aber gegen die Offiziere schwedischer Abstammung. „Maakansa“ (das Organ des Präsidenten) befindet sich im Schlepptau der Faschisten. Die Schweden kämpften natürlich für ihre „Privilegien“. Nach den Daten des Jahres 1925 war unter den höheren Staboffizieren das Verhältnis der Offiziere finnischer und schwedischer Abstammung folgendes: Unter insgesamt 67 Offizieren waren 16 Finnen und 51 Schweden, also ein Viertel Finnen und drei Viertel Schweden.

Eine solche Proportion verursachte ununterbrochene Angriffe von seiten der „wahren Finnen“ gegen die schwedische Vergewaltigung. Sie bestanden auf der Einführung der Proportion: 1 Schwede gegenüber 8 Finnen, was im allgemeinen dem Bestande der Gesamtbevölkerung entsprochen hätte; außerdem forderten sie die Entfernung aller Offiziere, die die finnische Sprache nicht genügend beherrschten, sowie die Einschränkung einer Ausbildung von schwedischen Offizieren. Einer der Faktoren dieses Kampfes um die höchsten Kommandostellen ist also auch die Forderung der Anerkennung der Hegemonie der nationalen Mehrheit. — „Finnland den Finnen“ — schreien die Nationalisten.

Auch unter den Armeeeoffizieren kam es im Zusammenhang mit dieser Frage zu Aktionen. Im Jahre 1924 bereiteten die Offiziere anlässlich der aufgestellten Forderungen wegen des Aufrückens der Jäger zu Offizieren einen Streik vor, und die Zwickigkeiten wegen der Kommandostellen hatten somit einen überaus scharfen Charakter angenommen.

Im Gefolge all dieser Geschehnisse wurden vor einiger Zeit die höchsten Kommandostellen der Armee neu besetzt. Ehemalige zaristische Generale, wie der Kommandierende der Truppen in Wilkam, der Leiter des Generalstabes, Enkel, der Kommandeur der 3. Division, Tunzelmann, und der Flottenkommandeur v. Schuly wurden entfernt. An ihre Stelle traten Emporkömmlinge aus der Mitte der Jäger; in erster Linie wurde zum Oberbefehlshaber der Truppen der neugebackene Generalmajor A. Sichwo ernannt.

Diese Verschiebungen hatten politische Bedeutung. Die faschistischen Kreise hatten an die Spitze der Armee ergebene Anhänger der faschistischen Cliquen gestellt, die ihnen gehorchten und mit all ihren Absichten einverstanden waren.

Hier ist es angebracht, auch darauf hinzuweisen, daß die Jäger früher, während der Freundschaft mit Deutschland, englandfeindlich gesinnt waren. Das Zusammenfallen der Interessen hat nunmehr ihre Stimmung verändert: Die Tätigkeit der Jäger bei der Schaffung einer finnischen Armee deckt sich mit den Interessen Englands. Die Jägerclique verstand es, die Bedeutung Englands als imperialistischer Führer richtig einzuschätzen.

### Die moralische Zersetzung in der Armee

Im gegebenen Zusammenhange ist es von Interesse, auch die moralische Zersetzung im Kommandobestande der Armee zu erwähnen, die Anlaß zu mancherlei Diskussionen gegeben hat.

Der Aufbau der finnischen Armee war von Anbeginn von Korruption und groben Mißbräuchen begleitet. In Finnland waren seinerzeit von der russischen Armee noch kolossale Bestände an Heeresgut zurückgeblieben. Den größten Teil davon hatten sich Personen angeeignet, die sich ehemals in hohen Stellungen befunden hatten. Diese Korruptionen, Räubereien und Unterschlagungen in der Armee nahmen kein Ende und kommen von Zeit zu Zeit im politischen Leben zur Sprache.

Wir wollen hier nur etliche von ihnen erwähnen. Großes Aufsehen erregten die Enthüllungen der „Kommission Holm“ über schwere Mißbräuche und Unterschleife im Zusammenhange mit Heereslieferungen. Es stellte sich heraus, daß der Armee große Mengen von untauglichen Patronen und Maschinengewehrschlössern und ebenso statt Pferdegeschirren Geschirre für Maulesel geliefert worden waren. Ebenso sind die Mißbräuche des zu trauriger Berühmtheit gelangten Jägermajors Renbek zu erwähnen. Man könnte Dutzende Fälle von Unterschlagungen und Betrügereien von Offizieren in der Armee anführen. Das interessanteste aber ist, daß von oben herab alles darangesetzt wurde, um all diese Dinge zu verbergen und zu vertuschen; und zweifellos ist es gelungen, den größten Teil dieser Betrügereien zu verheimlichen.

Bei den Mißbräuchen und Betrügereien spielten die erste Rolle gerade jene „neuen Kräfte“, die die Periode des bürgerlichen Zerfalls (1914—1926) leiteten. Mit ihrer Verwaltung zersetzen sie aber gleichzeitig das ganze Gefüge der Armee — zum Nutzen der Revolution.

Das jüngste Ereignis ist der Prozeß wegen der Unterschleife, Urkundenfälschung und Verschleierung von Einnahmen in der Munitionsfabrik von Richimijak. In dieser Angelegenheit sind die höchsten Offiziere und faschistische Finanziers verwickelt. Auch die Regierung war in die Angelegenheit mit verwickelt; formell haben jedenfalls die untauglichen Patronen das Ministerium Kallio zu Fall gebracht.

In der Budgetkommission, der diese Angelegenheit nach einer Anfrage zwecks Aufklärung übertragen worden war, suchten alle bürgerlichen Parteien zusammen mit den Sozialdemokraten die zutage tretenden Dinge zu verbergen, um auf diese Weise das Gebaren des weißen Regimes entsprechend zu drapieren und zu verteidigen.

\* Im vorigen Jahre wurden in der Munitionsfabrik in Richimijak (einer Privatgesellschaft) Fälschungen der Geschäftsleitung im Geschäftsbericht festgestellt, durch die der Staat an Steuern in einer Höhe von etwa 3 Millionen Mark geschädigt wurde. Es stellte sich dabei heraus, daß die Fabrik untaugliche Patronen hergestellt und sie durch betrügerische Manipulationen den Schutzkorps und dem Staate verkauft hatte. Die Enthüllungen lösten einen gewaltigen Skandal aus; die Sache ruht zur Zeit noch bei den Gerichten. Aus Anlaß dieser Enthüllungen erfolgte im Parlament eine entsprechende Anfrage, und bei dieser Gelegenheit wurde mit den Stimmen der Linken und der sich ihnen anschließenden schwedischen bürgerlichen Partei (die mit der finnischen Bourgeoisie wegen der Nationalitätenfrage in Hader liegt) der Regierung das Mißtrauen ausgesprochen. Diese trat zurück, worauf dann im Dezember eine sozialdemokratische Regierung gebildet wurde.

### Die Frage der Schutzkorps

Die Frage der Schutzkorps tritt gegenwärtig in eine neue Phase. Bisher war die Organisation der Schutzkorps eine freiwillige Institution, die außerhalb der staatlichen Institutionen stand und gegen 100 000 Mitglieder zählte. Aus staatlichen Mitteln wurden für sie jährlich allerdings gegen 40 Millionen Mark dem außerordentlichen Budget entnommen. Ebenso hat die Bourgeoisie aus den Steuereingängen der Gemeinden für diese Organisation Dutzende von Millionen Mark bewilligt. Bisher hat aber selbst die Bourgeoisie es nicht gewagt, diese Organisation den offiziellen staatlichen Organen einzuverleiben.

Die Fraktion der sozialistischen Arbeiter und kleinen Landwirte forderte die bedingungslose Auflösung der lokalen Schutzkorps, die Auflösung der Organisation selbst und die unverzügliche Entwaffnung der Angehörigen der Schutzkorps. Die Arbeiterdeputierten hatten hierzu einen Gesetzentwurf eingebracht, der jedoch abgelehnt wurde. Bei jeder Behandlung des Budgets wiesen die Arbeiterdeputierten auf das Wesen dieser weißgardistischen Wehr hin und protestierten in eindringlicher Weise gegen jegliche Subventionierung dieser Organisation.

Bei der letzten Budgetaufstellung brachte die Regierung es fertig, eine Subvention für die Schutzkorps in den gewöhnlichen Haushaltsplan einzuschließen. Die Parlamentsmehrheit gab ihren Segen.

Eine besondere Leistung vollbrachte jedoch die zu Fall gekommene Regierung Kallio (die von Reaktionären geleitete Regierung der Rechten und der Agrarier), die kurz vor ihrem Abgang sich beeilte, im Parlament einen Gesetzentwurf über die ständige Institution der Schutzkorps einzubringen. Nach diesem Gesetzentwurf der Regierung werden in den Schutzkorps ständige Kommandostellen und jährliche Posten im Haushalt zur Unterhaltung dieser Stellen geschaffen, die staatliche Mittel in Höhe von 5 850 000 Mark vorsehen. Die weiter erforderlichen Mittel in zehnfach höherem Betrage werden später dem Staatssäckel entnommen werden.

Dieser Gesetzentwurf der Regierung ist ein typisches Muster der „Legalisierung“ der Organe der Klassendiktatur der Bourgeoisie.

Welches ist nun das Verhältnis der Sozialdemokraten zu den Schutzkorps? Unter dem Druck der Massen haben sich die Sozialdemokraten zuweilen in heuchlerischer Weise gegen die Schutzkorps ausgesprochen. Eine bestimmte Kampfstellung gegenüber den Schutzkorps haben sie jedoch nie eingenommen. Gegenwärtig haben sie anlässlich der Jagd nach Ministersesseln sich beeilt, einen Gesetzentwurf bezüglich der Reorganisation der Schutzkorps einzubringen, und hoffen so, sich das Vertrauen der Bourgeoisie zu erwerben.

Die Sozialdemokraten haben mit den Debatten im Dezember 1926 über die Assignierungen für die Schutzkorps, diesen Kränze gewunden. So hat der ehemalige Sekretär der Sozialdemokratischen Partei, Taynio, die Schutzkorps mit folgenden Worten gepriesen:

„... Ich meinerseits möchte auf einer Liquidierung der Schutzkorps nicht besonders bestehen.“ Darüber hinaus bemerkte Taynio: „Meiner Meinung nach handeln die Linken, wenigstens, soweit es die Sozialdemokratische Partei betrifft, nicht richtig, wenn sie annehmen, daß die Schutzkorps gegen sie gerichtet seien.“

Ganz richtig — erwiderte die Bourgeoisie. Ganz richtig, wiederholen auch

wir. Die Arbeiter haben auch ohnedies gewußt, daß die Weißgardisten nicht gegen die Sozialdemokraten waren. Sie zählen sie zu den ihrigen und haben sie jetzt in ihre Gesellschaft aufgenommen, haben ihnen die Regierungssessel anvertraut, ihnen die Obhut der politischen Gefangenen in den Gefängnissen und das Kommando über die Polizeispitzel übertragen. Und wenn die sozialdemokratischen Wächter gehorsam und loyal sich vor der faschistischen Bourgeoisie beugen werden, so wird am Ende auch noch der Orden der weißen Rose ihre Brust schmücken.

Stets aber waren die Schutzkorps gegen die sozialdemokratischen Arbeiter gerichtet, sind es noch heute und werden es stets sein. In mehr als e i n e m Streik waren die Schutzkorps als Streikbrecher aufgetreten. Man kann nach Belieben Beispiele von Gewalttaten der Schutzkorps anführen. Und wenn die sozialdemokratischen Arbeiter ehrlich ihre Rechte verteidigen werden, so besteht keinerlei Zweifel darüber, daß die Schutzkorps wieder über die Arbeiter herfallen werden.

Wenden wir uns aber wieder den Projekten der Sozialdemokraten bezüglich einer Reorganisierung der Schutzkorps zu.

Der sozialdemokratische Deputierte Saarinen schlug vor,

„die Schutzkorps als Reserve einer ständigen Armee, die auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht aufgefüllt wird, umzuformen.“

Des weiteren schlug er vor, die „Landesverteidigung“ so zu gestalten, daß

„die Hälfte des Armeekontingents vom ständigen Dienst befreit würde, mit der Verpflichtung, in der Reserve zu dienen“ und motivierte das damit, daß „wenn man den Umgang mit der Waffe in einer ständigen Armee im Laufe eines Jahres erlerne, man eine solche Vorbereitung in einer so umgestalteten Reserve im Laufe zweier Jahre erreichen könne. Eine solche Reorganisierung hat den Wert, daß die autonomen Rechte der Schutzkorps beseitigt werden, daß diese Institution sich dem Oberkommandierenden der Armee und dem Ministerium unterordnet, und durch jene Militärpflichtigen ergänzt wird, die das Los der ständigen Armee nicht zugeführt hatte“.

In dieser Weise schildern die Sozialdemokraten die Herrlichkeit der reorganisierten Schutzkorps. Dieser Gesetzentwurf ist ein hinterhältiger und abscheulicher Versuch, den bürgerlichen Militarismus mit dem Worte „Reserve“ zu maskieren. Durch solche Methoden versuchen die Sozialdemokraten, der bürgerlichen Klassenherrschaft gegen die Arbeiterklasse den Rücken zu stärken.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die in der Regierung sitzenden Sozialdemokraten sich mit irgendeiner Reform beschäftigen werden, die „die Basis der Schutzkorps erweitert“. Die Anhänger der Zeitung „Helsingin Sanoma“ haben schon so viel Schweiß verloren über das Projekt der „Erweiterung der Basis“ und mühen sich um Kombinationen, um einen Teil der Arbeiter in die weißgardistischen Wehren hineinzuziehen.

Die Arbeiterklasse wird sich dem jedoch nicht fügen. Gleich nachdem die Reden der Sozialdemokraten bekannt wurden, begannen die Arbeiter im ganzen Lande Versammlungen einzuberufen, in denen darauf hingewiesen wurde, welcher Schande die sozialdemokratischen Führer die Arbeiterklasse preisgeben und wie sie das Andenken ihres herrlichen Befreiungskampfes in den Schmutz zerren, wenn sie sich für die Beibehaltung der Schutzkorps aussprechen und den obligatorischen Beitritt der Arbeiter zu denselben fordern. Die Helsingforscher Arbeiter veranstalteten ein Meeting, auf dem die Losungen angenommen wurden:

„Die niederträchtigen Absichten der Arbeiterverräter müssen zunichte gemacht werden. Gegen den Zwang eines Beitritts zu den Schutzkorps! Gegen die Beibehaltung der Schutzkorps! Gegen den Verrat der sozialdemokratischen Führer!“

### Das Gesetz über den Kriegszustand

Als außergewöhnliches Beispiel der Frechheit der herrschenden Bourgeoisie muß der Gesetzentwurf der Regierung über den Kriegszustand bezeichnet werden. Der erste Paragraph lautet:

„Bei Eintritt oder bei mutmaßlichem Eintritt eines Krieges oder eines Ausruhrs, kann der Präsident der Republik, wenn die Landesverteidigung oder die Aufrechterhaltung der Rechtsordnung es erheischt, über das Land oder einen bestimmten Teil desselben den Kriegszustand verhängen.“

Es folgen dann im Gesetzentwurf Dutzende von Punkten, durch die die von der Verfassung festgesetzten Rechte während des Belagerungszustandes aufgehoben werden und die Arbeiterklasse in die Lage vollkommener Willkür gerät. Wir wollen nur einige erwähnen: für eine Verhaftung genügt selbst ein beweisloser Verdacht; die Länge der Arbeitszeit wird von der Regierung festgesetzt; die Regierung hat das Recht, Streiks zu verbieten; die Veröffentlichung von Druckschriften hängt von der Verfügung der Regierung ab usw. Kurz gesagt, dieses Gesetz ist die unverhüllte Anerkennung der Willkür gegenüber der Arbeiterklasse.

Bei der zweiten Lesung des Gesetzentwurfes im Parlament wurden die Worte „oder bei einem mutmaßlichen Eintritt“ ausgemerzt. Das Wesen der Sache wird aber dadurch keineswegs berührt. Die Initiative geht auf den Präsidenten über und er kann in einem beliebigen Augenblick, wenn „die Landesverteidigung oder die Aufrechterhaltung der Rechtsordnung dies erfordert“, den Kriegszustand verhängen.

Es gibt Beispiele genug dafür, was als „Rechtsordnung“ der Bourgeoisie angesehen wird. Selbst der unbedeutendste wirtschaftliche Streik kann von der Bourgeoisie als „Aufruhr“ bezeichnet werden, und dann ist nach Meinung der Bourgeoisie schon die genügende Grundlage für die Verhängung des Kriegszustandes und für die Anwendung der obligaten Verordnungen der Kriegsgesetze vorhanden, um den Widerstand der Arbeiter zu brechen. Außerdem kann die Bourgeoisie auch auf andere Weise die Schaffung der Bedingungen des für sie so vorteilhaften Belagerungszustandes provozieren.

Dieses Gesetz ist allerdings noch nicht verabschiedet. Es ist bis zu den Neuwahlen für das Parlament zurückgelegt.\* Das Fehlen eines Gesetzes über den Belagerungszustand wird die Bourgeoisie allerdings nicht daran hindern, ihrer Willkür freien Lauf zu lassen. Eigentlich sollte durch die Bestätigung des Gesetzes nur der „legale“ Rahmen für die schon bestehende weißgardistische Diktatur geschaffen werden.

\*

Zum Schluß muß noch darauf hingewiesen werden, daß Finnland, wie schon oben erwähnt, mit einer sozialdemokratischen Regierung „beglückt“ worden ist. Diese Tatsache wird jedoch die Lage nicht ändern. Es ist dies eine weiße Regierung, die mit Wissen und Einverständnis der Bourgeoisie solange die Geschäfte des Staates des weißen Terrors besorgt, als es der

\* Diese Neuwahlen finden im Juli dieses Jahres statt.

Bourgeoisie vorteilhaft erscheint. In militärpolitischen Fragen ist die Einstellung der Sozialdemokraten eine rein bürgerliche. Sie dienen dem Militarismus als Bollwerk und festigen ihn, wenngleich sie, um die Massen zu betören, von einer „Beschränkung“ des Militarismus sprechen.

Die sozialdemokratische Regierung wird auch an dem Verhältnis Finnlands zu der USSR nichts ändern. Ob an der Spitze der Regierung des finnischen weißgardistischen Staates Ingman (der Führer der Reaktionäre) oder Tanner (der sozialdemokratische Premierminister) steht; letzten Endes verhalten sie sich gleicherweise feindlich gegenüber der USSR. Bei den Verhandlungen über einen Garantievertrag wehrte sich Tanner gegen dessen Abschluß. Das gleiche gilt auch für den sozialdemokratischen Minister des Auswärtigen, Wojonmaa, der zu Beginn dieses Jahres die baltischen Staaten zum Zwecke ihrer Eingliederung in eine gemeinsame Aktion gegen die USSR aufgesucht hat. Selbst die reaktionärsten Zeitungen bekundeten ihre Zufriedenheit mit dieser Reise und der Politik Wojonmaas. Und was die sozialdemokratische Presse anbelangt, so war sie ja stets das Sammelbecken für die schmutzigste und provokatorischste Verleumdung der USSR.

K. S.:

## DIE TAKTIK DER PROLETARISCHEN EINHEITSFRONT IM THEORETISCHEN ORGAN DER KPTSCH \*

Wie bereits aus dem Titel hervorgeht, macht es sich die folgende Rezension nicht zur Aufgabe, an der Politik der KPTSch, oder überhaupt an der Zeitschrift Kritik zu üben. Sie will nur die Beleuchtung einer einzelnen, und zwar außerordentlich wichtigen Frage, der Frage der Einheitsfronttaktik in der theoretischen Zeitschrift der Partei kritisch betrachten.

Die „Kommunistische Revue“, das theoretische Organ unserer tschechischen Partei, erscheint in einer tschechischen 14tägigen und einer deutschen monatlichen Ausgabe; der folgende Bericht ist nach der deutschen Ausgabe gegeben, die alle wesentlichen Artikel enthält. Er erstreckt sich auf die Zeit vom 6. bis zum 7. Erweiterten Plenum des EKKI und berücksichtigt nicht mehr die wesentlichen Fortschritte in dieser Zeit seit dem 7. Plenum.

Bevor wir auf unser eigentliches Thema, die Taktik der proletarischen Einheitsfront, eingehen, muß bemerkt werden, daß die Zeitschrift die Frage der relativen Stabilisierung, deren richtiges Verständnis die Grundlage für die Stellung des Problems der Einheitsfronttaktik bildet, in der Berichtsperiode nur unvollkommen geklärt hat. Bis etwa Juli herrschen in fast allen Artikeln darüber die typischen Fehler vor, die wir auch von anderwo kennen: erstens die mehr oder weniger politische Auffassung der Stabilisierung, zweitens die Tendenz, bei jedem wichtigen internationalen Ereignis, so beim englischen Generalstreik und beim Pilsudski-Aufstand, ja sogar beim Sturz der tschechischen Regierung, die Stabilisierung für „beendet“ zu erklären. Es muß aber bemerkt werden, daß sich bis zum 7. Plenum von Heft zu Heft die Behandlung dieser Probleme bessert, daß eine Reihe junger Kräfte (vor allem aus dem tschechischen Teil der Partei) mit soliden ökonomischen Kenntnissen an die konkrete Lösung der Frage für die Tschechoslowakei herangeht.

Gehen wir nun zum eigentlichen Thema über. Da ist zuerst festzustellen, daß die „Revue“ nach dem 3. Parteitag der KPTSch und dem EKKI-Brief an die KPD in der Frage der Einheitsfronttaktik nicht die Lehren aus den vorhergegangenen Fehlern gezogen hat. Daher wiederholen sich im Laufe der zu besprechenden Periode in der Behandlung der Einheitsfronttaktik verschiedene Fehler, die in der KPD nach dem EKKI-Brief überwunden wurden. Im allgemeinen bleibt die Behandlung der Einheitsfronttaktik abstrakt. Die internationalen Erfahrungen, so vor allem die Fortschritte in der Erlernung der richtigen Anwendung der Taktik in der deutschen Volksentscheidungsbewegung, werden nicht ausgewertet. Daher manchmal ein mangelnder Glaube an die Massen, eine Scheu, die konkreten Fragen der Einheitsfronttaktik aufzurollen, Beschränkung auf bloßes Theoretisieren über die Anwendung. Dieser Zustand ist besonders nach dem großen Wahlerfolg im November 1925 unnatürlich und bedeutet ein Zurückbleiben der in der theoretischen Zeitschrift zum Ausdruck kommenden Ideologie.

Im Aprilheft (Nr. 4) widmet Genosse Neurath einen Teil seines Artikels über das 6. Plenum des EKKI der Einheitsfronttaktik (S. 133). Wenn dies auch nur wenige Zeilen sind, scheinen sie doch für die oben angedeuteten Auffassungen typisch. In ihnen zeigt sich neben einem merkwürdigen Sichabfinden mit dem „natürlichen“ Bestehen von opportunistischen Gruppen in der Partei, ein gewisser Pessimismus. Die Einheitsfronttaktik, auch ihre richtige Anwendung, wird nicht als eine Quelle der Stählung und Kräftigung, der leninistischen Klarheit und Geschlossenheit der Partei, sondern als Ursache opportunistischer Fraktionen behandelt.

Einige charakteristische Züge dieser pessimistischen Grundstimmung, die mit dem Wahl-

\* Obwohl dieser Artikel unmittelbar nach dem 7. Plenum des EKKI verfaßt wurde, hält die Redaktion seine Veröffentlichung für geboten, da dort prinzipielle Fragen von großer Bedeutung für die Parteipolitik der KPTSch des letzten Jahres berührt werden.

Die Redaktion.

erfolg der Partei in einem eigenartigen Widerspruch steht, lassen sich auch in dem Artikel von J. G u t t m a n n „Die Sozialdemokraten lernen die Taktik der Einheitsfront“ (ebenfalls Heft 4) feststellen. Der Artikel bespricht einige Versuche der tschechischen Sozialdemokratie in der Frage der Regierungsbildung nach den Wahlen eine Art Einheitsfronttaktik gegen die KP anzuwenden durch die Aufforderung, gemeinsam mit den Sozialdemokraten und Nationalsozialisten eine parlamentarische „Arbeiterregierung“ zu bilden.

Es war richtig, zu konstatieren, daß in jenem Moment „die kommunistische Idee der Einheitsfront im Kampfe gegen das sozialdemokratische Manöver der Einheitsfront“ stand, einer Einheitsfront „. . . des Verzichts auf den Kampf gegen die Bourgeoisie“. Nicht richtig aber war es, diese konkrete Situation zu einer dauernden zu erklären (S. 148) und daraus eine ganze Theorie zu machen:

„Sie (unsere Taktik) muß damit rechnen, daß der Gedanke der Einheitsfront nicht mehr unser Monopol sein wird.“ (148.)

So kommt Guttman dazu, bei einer Einteilung der bisherigen Anwendung der Einheitsfronttaktik durch die Komintern in drei Perioden, die Periode der relativen Stabilisierung gleichzusetzen mit einer verstärkten Anwendung der Einheitsfronttaktik auch durch die Sozialdemokratie:

„Sie (die Sozialdemokraten) fürchten nicht mehr so viel die Vereinigung der Arbeiterschaft, sie glauben, daß diese Einheit auf ihrer, der sozialdemokratischen, der reformistischen Plattform zustande kommen kann.“ (141)

Hier steckt nicht nur eine statische, also sozialdemokratisch-ultralinke Auffassung der relativen Stabilisierung des Kapitalismus, eine Ignorierung der Tatsache, daß die relative Stabilisierung eine Periode verschärfter Klassenkämpfe ist, sondern auch eine Verwischung des bürgerlichen Charakters der sozialdemokratischen Politik und der Konsequenzen dieser Tatsache. Der Verfasser hat übersehen, daß die Möglichkeit der Anwendung einer Art Einheitsfronttaktik durch die tschechische Sozialdemokratie gegen unsere Partei ihre Hauptwurzel hatte in der ungenügenden (teilweise noch im Stadium bloßer parlamentarischer Manöver oder des Redens über Manöver stehenden) Anwendung der Einheitsfronttaktik unsererseits.

Ein Beispiel für die noch sehr abstrakte Behandlung der Frage der Einheitsfront sind die „Fragmente zur Frage der Einheitsfront“ von Julius Choras im Heft Nr. 5. Der Fehler dieses Artikels ist, daß er die Lehren nicht von konkreten Ereignissen ableitet (z. B. deutscher Volksentscheid, was damals nahelag) und auch nicht die Verbindung mit der relativen Stabilisierung herstellt. Die Gewerkschaftsfrage existiert für ihn überhaupt nicht.

Außer diesen Schwächen aber findet sich noch ein spezifischer Fehler mancher tschechischer Genossen, der latent in der Ideologie gewisser Kreise der Partei eine ziemliche Rolle gespielt zu haben scheint, nämlich die Zuspitzung der Einheitsfronttaktik auf eine Parteikoalition mit der Sozialdemokratie zur Bildung einer parlamentarischen „Arbeiter- und Bauernregierung“. Wird im ersten Absatz bloß von Einheitsfronttaktik gesprochen, so wird im zweiten Abschnitt die „Errichtung der Einheitsfront“ als das berühmte „Hauptglied in der Kette“ innerhalb der Einheitsfronttaktik bezeichnet, und zwar zu dem Zweck der „Lösung der Krise der Demokratie“. (180) Als Zweck der Einheitsfronttaktik erscheint also nicht die Vereinigung der Arbeiterklasse unter der Führung der KP im Kampfe gegen die Bourgeoisie und die Besiegung des Reformismus, sondern die abstrakte „Errichtung“ einer Einheitsfront erscheint als Mittel zur Lösung der Krise des „Staates und der Wirtschaft“. (18) Das „Hauptglied der Kette“ wird aus einem Glied in der Taktik des Proletariats — ein Glied in der bürgerlichen Staatspolitik.

„Durch die Bildung der Einheitsfront der Arbeiter, durch die Ergreifung des Hauptgliedes der Kette wird die Arbeiterklasse nicht nur in der Lage sein, die ganze Kette der Begebenheiten in diesem Staate zu halten, d. i. die führende Stellung des Proletariats in diesem Staate (!) und die Einstellung der Entwicklung in der Richtung zur politischen und wirtschaftlichen Reaktion zu erzielen, sondern sie wird dadurch einen ständigen Uebergang zum nächsten Glied schaffen, welches die planmäßige Führung dieses (!) Staates im Sinne der Forderungen der breitesten Schichten der arbeitenden Bevölkerung bedeutet.“ (181)

Damit ist eine opportunistische (Otto Bauersche!) Verdrehung der Idee der Hegemonie des Proletariats gegeben: führende Stellung des Proletariats „in diesem Staate“, statt im

Kampf gegen diesen Staat! Daß hinter den absichtlich unklar gebrauchten Begriffen „Glied der Kette“ und „Errichtung der Einheitsfront“ sich die Idee der Koalition mit der Sozialdemokratie verbirgt, zeigt der folgende Satz:

„Die KP hat richtig abgeschätzt, daß die wichtigste Aufgabe der heutigen Situation die Bildung der Einheitsfront ist. Die anderen sozialistischen Parteien haben bis jetzt diese Notwendigkeit deshalb nicht begriffen, weil sie sich entweder in der Kompliziertheit der historischen Kette nicht auskennen, oder weil sie vielleicht (!) wissentlich das Hauptglied der Kette sabotieren.“ (181)

Die Fortsetzung des Artikels bestätigt diese opportunistische Auffassung der Einheitsfronttaktik. Bei der Erklärung der Ursachen der Niederlagen der Arbeiterklasse wird einfach „Zersplitterung“ genannt, und zur Behebung der gemeinsame Kampf vorgeschlagen. Es fehlt die Kennzeichnung des Reformismus als Ursache der Niederlage und der Notwendigkeit seiner Ueberwindung. Dieser Hauptzweck der Einheitsfronttaktik, die Ueberwindung des Reformismus, fällt unter den Tisch.

Es zeigt sich im folgenden, daß die Unterlassung einer gründlichen und klaren theoretischen Behandlung der Regierungsfrage und der Stellung der Partei zur Frage der Arbeiter- und Bauernregierung nach den Novemberwahlen in dem theoretischen Organ viel Unklarheit in den Köpfen gelassen hat. Die verschleierte Tendenz, die sich in dem Artikel von Choraz zeigte, wird zu einer offen opportunistischen Abweichung und verdichtet sich zu konkreten „Losungen“. In Heft 6 wird (ohne Widerspruch der Redaktion) in einem Artikel auf der „theoretischen“ Basis einer Leugnung der relativen Stabilisierung die Parole der parlamentarisch-demokratischen Arbeiterregierung im Bunde mit den fortschrittlichen Teilen der Bourgeoisie vertreten.

Dieser mit „Polar“ gezeichnete Artikel, von einem offenbar zufällig in die Zeitschrift geratenen Professor herrührend, der von Marxismus keine Ahnung hat, muß, so ungeheuerlich auch sein Inhalt ist, doch bloß als paradoxe Uebertreibung von damals in der Zeitschrift vorhandenen Tendenzen eines „ultralinken Menschewismus“ aufgefaßt werden. Es ist daher nötig, sich mit diesem Gallimathias ernstlich zu befassen, um so mehr, als er in der Zeitschrift selbst eine durchaus ungenügende Erwiderung gefunden hat. Der Artikel heißt: „Die Krise des Kapitalismus und die Ereignisse in Polen“. Für die völlige Ignoranz des Verfassers in bezug auf die polnischen Verhältnisse ist bezeichnend, daß er Witos als Vertreter der Schlachta und der englischen Orientierung, Pilsudski als den Repräsentanten der industriellen Bourgeoisie und der französischen Orientierung bezeichnet, was er auf Grund abstrakter Klügeleien über die Typen des französischen und englischen Imperialismus deduziert. Um so mehr aber erhalten seine Ausführungen über Polen den Charakter einer durch die Blume geäußerten taktischen Linie für die Tschechoslowakei. Kurz zusammengefaßt: Polar polemisiert gegen den Vergleich der Taktik der KPP mit der Taktik der Bolschewiki im Kornilow-Putsch, also gegen die Kritik der Komintern an dem schweren Fehler der polnischen Partei. Er selbst geht noch weit über diesen Fehler hinaus: Pilsudski ist nicht nur der Vertreter eines revolutionären Kleinbürgertums, sondern einer „progressiven Bourgeoisie gegen die Schlachta“. (S. 239.)

Es zeigt sich hier, wieder in übertriebener und paradoxer Form, das bekannte Umkippen des ultralinken Standpunktes in die opportunistische „Volksblocktheorie“. Diese geht aber bei Polar nicht nur bis zu einer Ueberschätzung des Kleinbürgertums, sondern sogar bis zur plattesten Koalitionspolitik mit der „progressiven“ Bourgeoisie:

„Aus dieser Analyse folgt die taktische Verhaltensmaßregel für die Kommunistische Partei: Mithelfen an der Aufpeitschung der gesamtationalen Bewegung, die Bewegung weiter treiben zur Sprengung des Blocks zwischen Schlachta und Bourgeoisie . . . Hier haben wir den klassischen Fall für die Losung einer auf Grund von im weitesten Sinne demokratischen Wahlen zu konstituierenden Arbeiter- und Bauernregierung“ (293).

Die allgemeine Linie der Kommunistischen Partei sei die Linie der „Demokratie gegen Demagogie“ (238). Eine ähnliche Formulierung findet sich als Losung für die Tschechoslowakei im übrigen schon in dem Artikel: „Die politische Tragweite der Sprachenverordnungen“ von demselben Polar im Märzheft der Revue.

In der schüchternen Erwiderung von —p auf diesen Artikel, die unter dem Titel: „Kürzer, aber klarer“ in Heft 7 erscheint und an seiner Form statt an seinem sachlichen Inhalt Kritik übt, wird dieser zweite Teil über Polen — für richtig erklärt. (S. 277.) Bloß die parlamentarische Arbeiterregierung wird etwas ins Lächerliche gezogen. Es muß fest-

gestellt werden, daß dies die einzige Behandlung der polnischen Ereignisse in der Zeitschrift darstellt und damit auch die einzige „Behandlung“ der wichtigen Lehren für die Anwendung der Einheitsfronttaktik, die die Kritik der polnischen Taktik gegeben hat.

Die in der Ideologie einzelner Parteimitglieder latent vorhandene opportunistische Tendenz, die ja die Exzesse Polars erst verständlich macht, findet ihren Ausdruck in den politischen Schlußfolgerungen des Artikels Tabor „Um den Faschismus“ im Heft Nr. 7. Tabor zieht aus den parlamentarischen Schwierigkeiten der tschechischen Bourgeoisie und der falsch interpretierten „Krise der Demokratie“ den Schluß, daß „die Bourgeoisie heute grundsätzlich gegen die Demokratie ist“ (294) und sich dem Faschismus zuwendet als der politischen Form, die der Epoche des Imperialismus entspricht.

„Die Periode der Diktatur löst die Periode der Demokratie ab, wie diese die Periode der Unfreiheit (?) ablöste“ (294).

Genosse Tabor gelangt so dazu, den gegenwärtigen politischen Kampf als einen Kampf zwischen Faschismus und Demokratie, zwischen Staatsapparat und Parlament darzustellen, als einen Kampf zwischen „zwei Formen der bürgerlichen Diktatur“, zwischen denen das Proletariat zu entscheiden habe.

Eine gewisse Fundierung für solche Theorien hat schon Genosse Kreibich vorbereitet in seinem im Maiheft erschienenen Artikel „Gesetzgebung und Verwaltung, eine Betrachtung zur Krise des Parlamentarismus“, der einige theoretische Fehler in derselben Richtung enthält.

Es ist interessant, festzustellen, daß sich in der KPTsch in diesen Theorien über „Gewaltenteilung“ und Faschismus dieselbe Tendenz zeigt, wie in der KPD im Frühjahr 1925 bei der Behandlung der Frage des Monarchismus durch Maslow, der versuchte, die Monarchie als die dem Imperialismus einzig entsprechende Staatsform zu erklären. Bei Maslow war dies nur eine Vorbereitung zu seinem unter dem Namen „Volksblocktheorie“ bekannten Versuche, des parlamentarischen Techtelmechtels mit bürgerlichen Parteien. Ähnliche opportunistische Konsequenzen zeigen sich auch bei Tabor deutlich. Er läßt schon den Parlamentarismus logisch als etwas für das Proletariat im Gegensatz zur Bourgeoisie Wertvolles und Verteidigungswertes erscheinen:

„Die bestehende ideal gerechte Wahlordnung . . . genügt der Bourgeoisie deshalb nicht, weil sie gleiches Recht auf Vertretung im Einfluß auf die Staatsmacht (das Parlament) loyal der Klasse der Bourgeoisie und der hochverräterischen proletarischen Klasse einräumt (289).“

Die Erwiderung auf den Artikel von Tabor im Heft 9 (Oktober) „Demokratie, Diktatur, Konfusion“ von Paul Reimann stellt diese Abweichungen mit Recht zusammen mit einem Artikel des „Rude Pravo“ vom 20. August, in dem die Frage der kommenden Präsidentenwahl mit Hinblick auf die parlamentarische Konstellation und Zweckmäßigkeit aufgerollt und indirekt ihre Lösung nach dem Prinzip des kleineren Übels als notwendig angedeutet wurde.

Das Wesentliche ist aber, daß diese neue Auflage opportunistischer Entgleisungen als ein Umkippen aus mehr oder weniger ultralinken Positionen erscheint. Diese Entwicklung ist für jeden, der die Entwicklung der deutschen „Linken“ verfolgt hat, vollkommen verständlich. Sie stellte sich in der KPTsch verspätet ein und unbewußt, ein Beweis, daß die Erfahrungen der KPD nicht genügend studiert und ausgewertet wurden. Es war notwendig, daß seitens der Redaktion des theoretischen Organs diese Entwicklung, auch wenn sie nur schwach auftrat, klar erkannt wurde, um diesen Genossen auf den richtigen Weg zu helfen, nicht zuletzt durch Auswertung der internationalen Erfahrungen.

Bisher sind größtenteils Schwächen und Fehler besprochen worden, es muß aber betont werden, daß sich auch einzelne sehr gute Beiträge zur Frage der Einheitsfronttaktik finden, wie z. B. die Behandlung der Lehren des nordböhmisches Steuerkampfes im Frühjahr 1926 durch P. Reimann und eine scharfe und geschickte Kritik der Stellung der Sozialdemokraten zum „Linksblock“ aus der Feder von Guttmann.

Immerhin scheint die Tatsache, daß schwere Abweichungen ohne oder ohne genügende Erwiderung blieben, daß manchmal in einem Heft ganz verschiedene Ansichten vertreten werden, daß in dieser Zeit ein Mangel ihrer Leitung, das Fehlen einer klaren redaktionellen Linie vorgelegen hat. Wir wiederholen, daß nach dem 7. Plenum ein bedeutender Fortschritt zu bemerken ist. Die wichtigste Aufgabe für die nächste Zeit in

puncto Einheitsfronttaktik scheint uns zuerst einmal die gründliche theoretische und praktische Behandlung der Frage der Hegemonie des Proletariats sowohl in der Polemik gegen die ultralinken als auch die rechten Abweichungen, deren gemeinsame Wurzel sich ja auch hier bestätigt. Auf Unterlage der Beleuchtung dieser Fragen wäre es dann möglich, ein konkreteres und eingehenderes Verständnis der Einheitsfronttaktik durch die Parteimassen zu erreichen.

### An die Leser!

Wir verweisen unsere Leser auf das Sonderangebot der Literaturvertrieb G. m. b. H., betr. Stalin: „Probleme des Leninismus“ auf der dritten Umschlagseite dieses Heftes.

# DAS ERWACHENDE CHINA

---

Ein Abriss der Geschichte und der gegenwärtigen Probleme Chinas

Von Karl August Wittfogel

## A U S D E M I N H A L T :

---

Eine kleine Schießerei — Wie schwer wiegt der Tod von 70 Rebellen? — Einige landläufige Irrtümer und Vorurteile über China — Die chinesische Mauer — Die Klassengeschichte des chinesischen Volkes — Das feudale Zeitalter — China, das klassische Kleinbauernland — Der neue Klassenstaat: Die Beamten als Ausbeuter — Der Siegeszug der europäischen „Kultur“ — Ein fetter Bissen für die Kapitalisten Europas — Der „Boxer“-Krieg — Die Revolution beginnt — Auch die chinesische Revolution wurde organisiert — Das Programm Sun Yat-sens — Die Industrialisierung Chinas — China im permanenten Bürgerkrieg — Die reaktionären Kräfte und ihr Kopf — Die Lage der arbeitenden Klasse in China — Feinde, wahre und falsche Freunde des chinesischen Freiheitskampfes — Die „Freiheitskämpfer“ von der II. Internationale — Die III. Internationale und die IAH — Sowjetrußland — Literatur über China —

---

174 Seiten in dreifarbigem Umschlag  
Brosch. M. 2,20, Ganzleinen M. 3,30

Bezug durch jede Buchhandlung und die Literaturobleute

---

AGIS-VERLAG, WIEN VIII, ALBERTGASSE 21